Wildcat-Zirkular

Nr. 44 April 1998
5 Mark

Südostasien: Hoffen und beten

Studentenbewegung in Indonesien: „Campus des Volkskampfes - Moral und Vernunft"

China: Papiertiger, Plastikdrachen
Irak: Amerikanische Träume
Frankreich: Arbeitslosenbewegung

Inhalt

Editorial: Arbeit – Arbeitslosigkeit – Bewegung 3

Frankreich: Kampf der Arbeitslosen, vigipirate, garantiertes Einkommen und Ende der Arbeit 14

Finanzkrise in Asien: Das Kapital schlägt zurück, oder: „Beten und hoffen" 21

Indonesische Arbeiter: Schlechte Nachricht mit einem Silberstreif 38

Der Papiertiger und die Plastikdrachen – Die Zerrüttung der Finanzen in Asien und die wirtschaftliche und soziale Krise in China 39

Träume vom Irak – in den USA 44

Wildcat-Zirkular 44, April 1998
Verantwortlich für diese Ausgabe: Redaktion Mannheim/Ludwigshafen

Kontakte:

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
jaa@wildber.aball.de

Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
wildcat@link-lev.dinoco.de

Freunde der guten Zeit,
c/o Wildcat, Postfach 306 325, 20327 Hamburg
Tel/Fax: 040-3908487

Welt in Umwälzung,
Mannheim-Ludwigshafen
Tel: 0621-657746, Fax -657747
suba@wildcat.rhein-neckar.de
http://www.rhein-neckar.de/~wildcat/

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Konto 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 10010010.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Editorial

Seit 2o Jahren gibt es keine Arbeiter mehr (T. Negri)
Nadeschda - hör auf Deinen Rücken!
Gibt es das alte Proletariat, das gerade arbeitslos wird?
Und das neue Proletariat, das gar keines ist?

Kürzlich traf ich eine Bekannte. Sie behauptete, sie sei keine Arbeiterin. Sie arbeitet in einem sogenannten Call-Center. Ein Call-Center ist eine Firma, die Telefondienstleistungen erledigt: vom Marketing über die Marktforschung bis zu technischem Service. Ist groß im Kommen: in den USA sind 1,5 Millionen Menschen in Call-Centern beschäftigt, in Deutschland sollen es derzeit 120 000 Leute sein. Die Branche boomt, NRW wirbt mit einer Call-Center-Offensive, Bremen nennt sich Call-Center-City.
Nadeschda sitzt in einem Großraumbüro zusammen mit bis zu 200 KollegInnen. JedeR hat ein Telefon und einen Computer vor sich. Mit den KollegInnen tauscht man sich aus, über die Qualitäten dieses oder jenes Unit Managers, wie viele Interviews man mindestens hinkriegen muß, um keinen Ärger zu bekommen. Es gibt Formen der Kooperation: wie teilen wir diesen oder jenen Auftrag ein? In einer Reihe sitzen ca. 10 TelefonistInnen; am Ende der Reihe sitzt der Supervisor. Er kontrolliert, ob die Interviews korrekt geführt werden. Der Vertrag beinhaltet eintägige Kündigungsfrist. Die Arbeitszeit wird zum einen kapazitätsorientiert von der Firma bestimmt, zum anderen von den TelefonistInnen selbst, die sich immer wochenweise einbuchen. Eine beidseitige Flexibilität.
Gerade der oberflächliche äußere Eindruck ist eine der wesentlichen Quellen des Mythos des modernen Kapitalismus. Okay, Nadeschda trägt keinen Blaumann: aber, Du wärst erstaunt, wieviele junge Arbeiter an den Bändern der Autoindustrie eben auch keinen anhaben. Wie oft habe ich gedacht: he, die Jungs am Band mit ihren Diesel-Jeans, ihren modischen Shirts und ihren hippen Käppchen mit dem Schild nach hinten, die sind am Band schicker gekleidet als ich, wenn ich ausgehe. Ich habe mich gefragt, was die dazu bringt, ihre Fruchtbarkeit zu riskieren und andere Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen? Ganz einfach: sie wollen nicht wie Arbeiter aussehen. Sie wollen nicht so aussehen, weil sie keine sein wollen. Sie wollen sich wie Nadeshda auch eben nicht als Arbeiter sehen und lehnen daher die klassische Uniform ab. Sie sind Blue-Collar-Arbeiter, sehen aber nicht so aus. Es gibt also zwischen den Bändern der Autoindustrie und den sog. postindustriellen Bereichen zumindest Ähnlichkeiten.

Jetzt mal provokativ: Nadeshda sitzt in einer Fabrikhalle (new speak: Telephone Unit), da drin befinden sich 200 Maschinen (new speak: moderne Telekommunikations- und Computerarbeitsplätze), am Ende jeder Maschinenreihe sitzt der Bandführer oder Capo (new speak: Supervisor), der Abteilungsleiter heißt jetzt Unit Manager. Abends tun ihr die Augen weh. Macht das einen Unterschied, ob einem die Augen von der Strahlung des Bildschirms oder von der Strahlung eines Schweißgeräts schmerzen? Hör auf Deinen Rücken und Deine Gelenke: sie haben sofort begriffen und machen Dir unmißverständlich klar, daß Du Arbeiterin bist. Sie machen Dir unmißverständlich klar, daß Du Maschinenarbeiterin bist und daß der Hauch von Luxus, den diese neuen Maschinen verströmen ein Mythos ist, vielleicht vergleichbar demjenigen, den Henry Ford Anfang des jahrhunderts verbreitete, als die ersten mechanischen Produktionsmaschinen eingeführt wurden. Industriebetriebe gehen dazu über, ihre Telefonarbeit, soweit das möglich ist, in Callcenter auszulagern. Etwa die Telefonarbeit, die für die Logistik des Teilenachschubs nötig ist. Der ganze Vorgang der Auslagerung wird unter dem Stichwort Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft geführt. Und tatsächlich sind dadurch Arbeitsplätze in der Industrie weggefallen. Was ist aber wirklich passiert? Die eigentliche Arbeit bleibt dieselbe: ein Telefongespräch. Aber vorher wurde sie vielleicht von einer Sekretärin in einem kleinen Büro mit Kaffeemaschine gemacht. Sie war keine Fabrikarbeiterin, wurde aber statistisch als Beschäftigte in der Industrie geführt. Jetzt wird die Arbeit unter Dienstleistung subsummiert: aber sie trägt jetzt viel stärker die Merkmale klassischer Industriearbeit.

Aber ist nicht das Produkt, eine Marktanalyse, etwas vollkommen anderes als ein LKW? Schlagworte wie „die neue immaterielle Qualität der Ware" tauchen auf. Eine Dienstleistung ist eine Ware. Was aber ist eine Ware? Es ist alles mögliche, aber letztenendes ist eine Ware eine vergegenständlichte Form der Arbeit. Eine vergegenständlichte Form verschiedenster Formen der Arbeit. Weil die Arbeit geteilt ist, nimmt sie Millionen verschiedener Formen an. Viele davon sehen handfester, greifbarer, materieller aus. Andere erscheinen wenig konkret: aber ein Telefongespräch über die Absatzchancen eines LKWs ist genauso konkret wie die Herstellung einer Kurbelwelle für einen LKW. Zur ganz unmittelbaren Herstellung eines Motors sind unzählige Verrichtungen immaterieller Art nötig. Du wärst erstaunt, wieviel an Kommunikation und Information dazu nötig ist. So gesehen gibt es keine neue immaterielle Qualität der Ware. Oder: jede Ware enthält massenhaft Informationsarbeit, Kommunikationsarbeit. Was macht das für einen *grundlegenden* Unterschied, ob diese Informationsarbeit mittels eines Computers, eines Telefons, mittels schriftlichen Plänen oder mittels der Zunge geleistet wird? Wir sollten diese Unterschiede jedenfalls nicht überschätzen, indem wir daraus regelrecht eine neue Theorie des Kapitalismus ableiten.

Das mit der „neuen immateriellen Qualität der Ware" ist ein Mythos. Alles

fühlt sich zwar neu an, ist aber im Grunde genommen immer noch die gleiche alte Scheiße.

„Sieht man nun vom Gebrauchswert der Warenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten. Jedoch ist uns auch das Arbeitsprodukt bereits in der Hand verwandelt. Abstrahieren wir von seinem Gebrauchswert, so abstrahieren wir auch von den körperlichen Bestandteilen und Formen, die es zum Gebrauchswert machen. Es ist nicht länger Tisch und Haus und Garn oder sonst ein nützlich Ding. Alle seine sinnlichen Beschaffenheiten sind ausgelöscht. Es ist auch nicht länger das Produkt der Tischlerarbeit oder der Bauarbeit oder der Spinnarbeit oder sonst einer bestimmten produktiven Arbeit. Mit dem nützlichen Charakter der Arbeitsprodukte verschwindet der nützliche Charakter der in ihnen dargestellten Arbeiten, es verschwinden also auch die verschiedenen konkreten Formen dieser Arbeiten, sie unterscheiden sich nicht länger, sondern sind allzusamt reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit.“

(MEW 23, S. 52)

Du wirst jetzt unwirsch. Hör mal, meinst Du, Du kannst doch nicht abstreiten, daß es in den letzten 100 Jahren gewisse Veränderungen gegeben hat! Ja, klar. Es hat entscheidende Veränderungen gegeben. Zum Glück. Wir müssen diese Veränderungen jenseits der gängigen Mythen auf ihre Bedeutung für die Befreiung vom Kapitalismus untersuchen. Beispielsweise die Tatsache, daß sich Nadeschda nicht als Arbeiterin sieht oder vielmehr, was sich dahinter verbirgt. Aber das unterscheidet sie eben nicht vom klassischen Industriearbeiter, sondern das ist ein Phänomen, das in der Fabrik auch da ist. Es ist sogar so, daß dieses Phänomen dort seinen Ursprung hat. Genauso, wie die Anforderungen an Kommunikationsfähigkeit nicht etwa ein Phänomen der Informationsarbeit sind.

Also: was hier passiert ist nicht vor der Schablone der Gegenüberstellung von alter Fabrikgesellschaft und moderner Dienstleistungsgesellschaft zu verstehen. Postfordismus, Postmoderne, Postindustrialismus, Informationsgesellschaft, Dienstleistungsgesellschaft, gesellschaftlicher Arbeiter, immaterielle Arbeit... Wir sollten all diese Begriffe sehr vorsichtig, wenn überhaupt verwenden. Kürzlich habe ich sogar im hiesigen Stadtmagazin vom „heutigen Postkapitalismus“ gelesen: he, wo leben die eigentlich? Auf dem Mars? Aber selbst da gibts ja inzwischen Maschinen, sogar kaputte und im Weltraum gabs auch schon Klassenkämpfe, spielen Konflikte um Arbeitsleistung, Schichtwechsel, Qualität, Abmahnung, Kündigung eine Rolle. Die Besatzung der MIR weiß davon ein Lied zu singen.

Macht die moderne Technologie arbeitslos?
Gibt es keine alten Fabriken mehr?

Es gibt die Fabriken: diese sind zwar in einem beständigen Umstrukturierungs-

prozeß, d.h. manche alten werden „modernisiert" oder ganz dicht gemacht; dafür entstehen wieder neue: das „modernste Motorenwerk der Welt" beim Benz in Mettingen, die „modernste Autofabrik Europas" in Hambach, die „modernste Chipfabrik Europas" in Dresden....ich habe auch in „modernisierten Abteilungen" gearbeitet: mit „Gruppenarbeit", mit „Gruppensprechern", mit „modernster Technologie" und all dem Zeug. Ich behaupte: ein geschickter Requisiteur aus der Filmindustrie könnte die allermeisten Jobs in diesen modernen Fabriken mit geringem Aufwand so frisieren, daß man einen Film über Henry Fords Autofabrik River Rouge in Detroit um 1924 drehen könnte.
Auch mit der Technologie ist es nicht ganz so einfach, wie es uns die Arbeitssoziologie und andere weismachen wollen. In einer alten Abteilung hatten sie Anfang der 80er eine CNC -Anlage zum Schneiden aufgebaut. Das sollte Personal einsparen und eine bessere Qualität garantieren. Vorher hatte das ein Arbeiter von Hand gemacht. Dieser Versuch scheiterte komplett. Hinterher war nicht mehr nur ein Arbeiter nötig, sondern drei. Zwei „klassische", nämlich einer der die Ungenauigkeiten der Maschine nacharbeitete (mit Qualität war´s bei der Maschine nicht weit her), einer der die Knöpfchen an der Maschine drückte und einen, der in gewisser Weise wirklich ein Arbeitnehmer „neuen Typs" war, nämlich die CNC programmierte. War schon in diesem Fall der Arbeiter „alten Typs" nicht verschwunden, sondern hatte sich auf wundervolle Weise verdoppelt, so war es in der modernisierten Halle noch krasser: die CNC war völlig verschwunden und der Arbeiter mit der Trennscheibe, die jetzt in einer simplen Führung lief und der Schleifhexe war wieder da. Dieses Beispiel soll verdeutlichen:
1. Nicht jede Einführung moderner Computertechnologie führt zum Verschwinden klassischer Industriearbeit. Unmittelbar nicht und mittelbar erst recht nicht (mit mittelbar meine ich, daß ja auch die Produktion des Chip oder des Gehäuses für die CNC Industriearbeit ist.)
2. Nicht jede Modernisierung bedeutet Einführung moderner Technologie wie in der restrukturierten Abteilung sichtbar. Genauer ausgedrückt: die modernste Stufe der Technologie ist hier eben der Arbeiter mit der Trennscheibe in der Hand. Modernität war hier Rückkehr zur Manpower.
Sicher gibt es auch viele Fälle, wo das andersrum läuft. Aber es ist falsch zu meinen, Technologie produziere generell Arbeitslosigkeit. Hat die Einführung der Dampfmaschine, des Elektromotors, die Atomtechnologie die Arbeit beseitigt? Genausowenig dürfen wir es vom Computer erwarten.

O.K., aber was hat es mit dem „Ende der Massenproduktion" auf sich, das mit dem Übergang zur Produktvielfalt begründet wird?
Henry Ford meinte damals, bei ihm könne man Autos in jeder Farbe kaufen, vorrausgesetzt sie sind schwarz. Ein beliebtes Zitat, um den „Postfordismus" zu begründen. Die Individualität der Kundenwünsche führe zum Ende der

Massenproduktion, des Taylorismus, des Fließbandes, weiß Gott was sich die Apologeten dieser These noch alles davon versprechen, daß man heute sein Auto mit oder ohne Schiebedach kaufen kann.
Wie siehts in Wirklichkeit aus? Selbst in Fabriken, die eine sehr differenzierte Nachfrage bedienen, ist das Fließband keineswegs verschwunden. Im Gegenteil: in den letzten 5 Jahren wurde die Produktion eines relativ differenzierten Produkts wie Rolls Royce auf Fließband umgestellt (obwohl jeder Millionär seine eigene Vorstellung von der integrierten klimatisierten Zigarrenkiste hat). 1994 wurde die Produktion der Mercedes-Tuning Firma AMG auf Fließband umgestellt. Die LKW-Produktion von Mercedes in Wörth, wo eine ungeheure Typenvielfalt herrscht, läuft auch nach dem Anlauf des Actros voll am Band. Die A-Klasse, der Smart, die alten wie auch die neuen Abteilungen der Busproduktion - alles Band. Ein Ende des Fließbands ist nicht in Sicht. Sogar genau umgekehrt. Wo immer möglich, wird auf Fließfertigung umgestellt. Die Gegenüberstellung von „Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft" und der „fordistischen Produktion" ist falsch.

Funktioniert die Arbeitslosigkeit als Mittel, neue schlechter bezahlte und weniger garantierte Beschäftigungsformen zu etablieren?
Sind die Arbeitslosen wirklich schon so weichgekocht, daß sie alles akzeptieren?

Das Beeindruckende und Überraschende für mich beim Benz war die allgemeine Unzufriedenheit. Sie paßt so überhaupt nicht zum smarten Bild dieser Firma. Ein Kollege meinte mal: wenn wir das draußen erzählen, was hier abgeht, das glaubt uns kein Mensch, daß wir beim Daimler arbeiten. So gut wie alle, inklusive der Meister empfinden die Arbeit als Qual; man/frau kann zuschauen wie die eigene Gesundheit den Bach runtergeht. Natürlich gibt es noch hier und da einen schlanken Job, aber für die große Mehrheit gibt es sowas wie Arbeitszufriedenheit nicht. Die Firmen-Propaganda ist, was dieses Thema angeht, in den letzten Jahren auch schon leiser geworden. Spätestens mit dem Flop der Gruppenarbeit in Rastatt ist klar geworden: industrielle Produktion bei Mercedes in der BRD und anderswo bedeutet ganz normale taylorisierte Band- und Maschinenarbeit. Jobrotation, Jobenrichment, Jobenlargement, Gruppenarbeit sind Maßnahmen, die Arbeitsleistung des einzelnen zu erhöhen. Man kann schon hier und da mal einen kleinen Vorteil draus ziehen. Im Wesentlichen bedeutet es aber einfach: mehr Maloche. In Rastatt sollte der Bandanteil möglichst gering gehalten werden zugunsten von *nicht-tayloriserter Boxenmontage in Gruppenarbeit.* 1995 wurden das Rastatter Modell begraben, die Rückkehr zum Fließband stand an. Dies sage ich ohne Bedauern, denn die Montage in den Boxen soll mit das Stressigste gewesen sein, was es bei Benz gibt. Und so wundert es auch nicht, daß sie in Rastatt lange Zeit Probleme hatten, ArbeiterInnen zu finden. Es hatte sich wohl

rumgesprochen. Ein junger Türke meinte „Benz - das ist doch wie Knast - da gehe ich nicht hin". So mußten sie auch von ihren Vorstellungen von jungen, olympiareifen Mannschaften Abstand nehmen. Anfangs hieß es noch: Höchstalter 28 und dann: auch Arbeiter über 40 (!) erhalten eine Chance. Und das in einer Region mit hoher Arbeitslosigkeit und benachbartem Elsaß, wo die Löhne noch niedriger sind.
Auch in Wörth wurden die Töne, was Gruppenarbeit angeht, sehr bald leiser. Es war einfach nicht das Ding, als das es in den Medien gehandelt wurde.
Bei Mercedes in Wörth wird seit einigen Jahren verstärkt mit Befristungen gearbeitet. Die Zahl der Befristeten schwankt. In Phasen des Produktwechsels, in Wörth vor dem Produktwechsel zum neuen LKW-Modell, wurden die Befristeten auf 10% der Stammbelegschaft hochgefahren. Im Schnitt der letzten Jahre liegt der Anteil der Befristungen vielleicht bei 5 %. Das ist nicht viel. Aber es betrifft viele Leute: über die Jahre hinweg wurden so tausende von Leuten beim Daimler durchgeschleust. Neuerdings zahlt Daimler den neueingestellten Befristeten nur noch den Einstiegslohn von 80%. Es gibt sogar Projekte mit dem Arbeitsamt: Langzeitarbeitslose machen ein sechswöchiges, unbezahltes Praktikum, d.h. sie arbeiten die ersten sechs Wochen unbezahlt am Band, Daimler spart die Anlernkosten. Dann arbeiten sie auf 80% des Lohns, der teilweise von der Bundesanstalt für Arbeit subventioniert wird.
Mercedes Benz hat in den letzten Jahren, etwa seit der „Autokrise 92" das erfolgreichste Restrukturierungsprogramm der Firmengeschichte durchgezogen. Produktivitätssprünge von 50% waren keine Seltenheit. Diese Produktivitätssprünge waren nicht das Resultat technischer Rationalisierung, sondern haben ihre Grundlage zum großen Teil in mehr und härterer Maloche.
Wirkt die Arbeitslosigkeit als Erpressung? Für viele Festangestellte schon. Sie haben Angst vor Entlassung. Sie (natürlich nicht alle, aber eine Mehrheit) bekämpfen die Befristeten als mögliche Konkurrenten. Die Männer und Frauen, die seit Jahrzehnten am Band stehen, haben Angst, nach einer möglichen Entlassung auf der Straße zu sitzen. Nun ist diese Angst nicht völlig irrational. Sie wird aber maßlos übertrieben. Dies ist ein Resultat der Propaganda über die Schrecken der Arbeitslosigkeit. Wir haben es auch diesen Arschlöchern auf den Demos der Arbeitslosenbewegung zu verdanken, die sich Schilder mit „Nehme jede Arbeit" um den Hals hängen. Solche Bilder werden von den Medien besonders gern gezeigt.
Viele Personalchefs sitzen wohl selber dem Mythos des unterwürfigen, zu allem bereiten, nur auf Arbeit wartenden Millionenheers auf. Sie glauben, sie können mit den Befristeten alles machen. Aber wenn heute ein Industriebetrieb einen Metallarbeiter sucht, ist es schwieriger als je zuvor: das Angebot ist unübersichtlich geworden. Die Risiken jemand ungeeignetes zu kriegen sind hoch. Die „atmende Fabrik" läuft zunehmend Gefahr, bei ihren tiefen Atemzügen jede Menge schlechte Luft einzuatmen.

Das kann Hustenreiz auslösen: Beispiel Benz in Mannheim, Ende 97. Im Unterschied zu den Festangestellten kannten die neuen Befristeten den Arbeitsmarkt sehr genau. Sie wußten, daß es gar nicht so aussichtslos ist, Arbeit zu finden. Sie akzeptierten es keineswegs, als Kanonenfutter verheizt zu werden. Das Kuschen um die Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis hielt sich stark in Grenzen. Es kam zu lautstarken Konflikten mit Festangestellten und Meistern. Als der Lohn über den ersten Anlernmonat auf 80% blieb, kam es zu kleinen Aktionen in der Abteilung, kleinen Versammlungen von vielleicht 10-15 Leuten, gemeinsamen Gängen zu Meistern, Abteilungsleitern. Betriebsrat, Lohnbüro. Der Betriebsrat versuchte zu spalten und den Konflikt zu individualisieren ("Bei einigen werden wir das nochmal überprüfen") Dieses Manöver ist mißlungen. Die Befristeten wollten die Zusage einer Nachzahlung für alle, unabhängig von ihrer konkreten Arbeitsleistung. Das Lohnbüro machte einen Rückzieher. Die 80% werden nachträglich aufgestockt. Ein kleiner Konflikt um eine Lohnfrage. Es ging nur um ein bißchen Kohle. Eigentlich nicht der Rede wert. Aber ich habe solche Konflikte schon 10 Jahre nicht mehr erlebt. Und an einem äußerst disziplinierten Band wie beim Benz macht das schon einigen Wirbel.

Sind die Arbeitslosen nicht zu den Demos gekommen, weil sie gerade gearbeitet haben?

Es gibt vielleicht 5 Millionen SchwarzarbeiterInnen in der BRD, zwanzigmal soviel, wie vor zwanzig Jahren. Die Zahlen sind ungefähr analog zur Arbeitslosigkeit. Die Rechnung ist aber nicht so einfach. Nur ein Viertel der 5 Millionen Schwarzarbeiter sind Arbeitslose. Die anderen sind Friseurinnen, die nach Feierabend Haare schneiden, Elektriker, die nebenher was machen, oder illegale Arbeiter, die aber nicht arbeitslos gemeldet sind.
Der Anteil der Arbeitslosen unter den Schwarzarbeitern korrelliert aber ungefähr mit dem Anteil der Langzeitarbeitslosen unter den Arbeitslosen.
Es gibt keine dauerhafte und/oder absolute Arbeitslosigkeit im Kapitalismus. Schwarzarbeit, Hausarbeit, unbezahlte Kulturarbeit, Sozialarbeit, Beziehungsarbeit, Kriminalitätsarbeit, Arbeitssucharbeit, Ämterarbeit... Kein Mensch kommt ohne die eine oder andere, vielmehr ohne eine Kombination verschiedener Formen der Arbeit aus. Kombinationen, die heute selten stabil sind. Aber auch früher, zu Zeiten des „Fordismus" waren sie weit weniger stabil, als der partielle Blick zurück aus der Perspektive eines mystifizierten Bildes des neuen Kapitalismus vermuten läßt.
Diese Instabilität ist nicht Resultat der Flexibilisierungsbedürfnisse des Postfordismus. Sie ist vielmehr Resultat von gelungenen und mißglückten Versuchen des Kapitals, die in den proletarischen Kämpfen artikulierten Bedürfnisse aufzunehmen und zu verwerten. Und sie ist nicht nur Resultat des Konflikts, sondern selbst und direkt ein Moment des Kampfs.

Sind Arbeitslose spaßig? Haben sie Glück dabei?

Ein Spaßvogel sprühte an das hiesige Arbeitsamt: Arbeitet niemals! Eine gute Idee, wenn auch nicht ganz neu. Aber wie soll das gehen? Als Programm der individuellen Arbeitsverweigerung kann der Vorsatz nicht wahrscheinlich nicht mal für den Sprayer selbst verhindern, daß er kurze Zeit später irgendwo gegen Hungerlohn malocht. Es ist in Zeiten, in denen jeder über Arbeitslosigkeit jammert, eine erfrischende Provokation. Aber der Slogan am Arbeitsamt trägt Eulen nach Athen. Die meisten Menschen hätten besseres zu tun, als zu arbeiten. Sie wissen nur nicht, wie das zu bewerkstelligen ist.
Sich zwischen zwei Jobs arbeitslos zu melden, einen längeren Urlaub mittels ALG zu organsieren (also das was früher der proletarische Gebrauch des Sozialstaats genannt wurde) ist heute zu einer breiten Selbstverständlichkeit geworden. Arbeitslosigkeit ist keine Schande mehr. Ein Kollege beim Benz meinte: „So wie hier in den letzten Jahren die Schraube der Arbeit angedreht wurde... Früher habe ich immer auf die Faulenzer geschimpft. Jetzt verstehe ich zum ersten Mal in meinem Leben die Leute, die lieber den ganzen Tag am Kiosk rumstehen oder unter der Brücke sitzen."
Entgegen allen Medienberichten über menschliche Dramen, hat die Arbeitslosigkeit für viele ihren Schrecken verloren. Aber Sozialknete ziehen ist auch nicht subversiv, auch nicht dann, wenn man die Alhi mit Kaufhausklau aufstockt. Die subversive Seite des proletarischen Gebrauchs des Sozialstaats drückt sich aus, bevor der Sozialstaat überhaupt in Anspruch genommen wird: dann nämlich, wenn die Drohung des Meisters „Wenn du dich nicht am Riemen reißt, setze ich Dich auf die Straße" nur noch ein müdes Lächeln hervorruft: „Und weiter?"

Die Arbeitslosenbewegung - eine seltsame Symbiose

In der Arbeitslosenbewegung trifft man/frau auf höchst unterschiedliche Motive, Richtungen und Ziele. Für die einen ist es eine Bewegung *gegen* Arbeitslosigkeit. Ihre gesellschaftliche Utopie ist der Ameisenhaufen: „Arbeit für alle". Das sind im wesentlichen Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Das propagandistische Ziel Vollbeschäftigung wollen sie über einen Regierungswechsel erreichen: „Kohl muß weg." Für sie ist die Bewegung ganz unmittelbar Wahlkampf.
Die kritischen Ränder dieser Strömung ahnen, worauf sie sich da eingelassen haben. Deshalb erweitern sie den Ameisenstaat um ein sozusagen selbstbestimmtes, gerechtes, humanes Modell: Arbeit *zu annehmbaren Bedingungen* für alle, *die es wollen.* Diese Modifizierung emanzipiert sich aber nicht wirklich von den Planern des Ameisenstaats. Sie operiert nur an der langen Leine. Was sind annehmbare Bedingungen?
Die Stoßrichtung der radikalen Linken ist dem offiziellen Kampf gegen die

Arbeitslosigkeit eigentlich entgegengesetzt. Sie kämpfen gegen die neuen Zumutungen der Arbeits- und Sozialämter, gegen die wieder um sich greifenden Versuche, Zwangsarbeit durchzusetzen. Die Arbeitslosenbewegung ist für sie ein Medium die Massen zu erreichen, indem ein Punkt der gesellschaftlichen Unzufriedenheit thematisiert wird. Die Beziehung zur offiziellen Bewegung ist taktisch. Man hofft, die durch die breite Berichterstattung der Medien verstärkte gesellschaftliche Sensibilität zu nutzen, um die eigenen Inhalte zu vermitteln. Eine paradoxe Symbiose: der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und in direkter Anlehnung daran der Kampf gegen die Folgen dieses Kampfes, die immer deutlicher werden: Zwangsarbeit, Niedriglohnprogramme, Verstärkung des Arbeitszwangs.
Es ist wichtig, der entstehenden „neuen, deutschen Arbeitsfront" was entgegenzusetzen. Deshalb rede ich auch nicht einer vornehmen Zurückhaltung das Wort. Aber wie verhindern, daß die radikaleren Initiativen vereinnahmt werden, daß wir zu den Demos gehen, um der Arbeitsfront was entgegenzusetzen und uns hinterher im Fernsehen als die Träger gerade dieser Politik dargestellt sehen? Und es ja auch teilweise unfreiwillig sind?

Mit Kohl und Kapital französisch reden?
Oder doch lieber gar nicht?
War die französische Bewegung wirklich besser?

Wirklich massenhafter war sie nicht. So beteiligten sich am dritten deutschen Aktionstag nach Angaben der Veranstalter ca. 50000 Menschen. Mehr waren es in Frankreich auch nicht. Allerdings war die Frequenz der Aktionen höher. Die Aktionen waren viel militanter. Die radikale Linke hatte einen größeren Anteil als hier. Die Flugblätter waren lebendiger.
Mit der Entwicklung eines politischen Begriffs von Prekarität haben Teile der AktivistInnen erkannt, daß eine Organisierung „der Arbeitslosen" unmöglich ist, weil es sie so als stabile gesellschaftliche Schicht gar nicht gibt. Daß „die Arbeitslosen" eine rechtliche Kategorie sind. Wohl aber gibt es zunehmend prekäre Lebensverhältnisse, die Rotation zwischen Niedriglohnjob, Alg/Alhi/Sozi-Bezug, ABM, Zwangsarbeit, Umschulung, Weiterbildung. Auch hat die Bewegung teilweise erfolgreich neue Räume der Kommunikation geöffnet.
Aber gerade da wird es problematisch: es sind tatsächlich große gesellschaftliche Bereiche entstanden, die nicht mehr oder nur marginal in den formellen Kreisläufen der kapitalistischen Ökonomie auftauchen. Was nicht heißt, daß sie außerhalb des Kaptalismus stehen. Nicht einmal daß sie insgesamt marginal wären: beispielsweise ist die Drogenökonomie einer der wichtigen kapitalistischen Sektoren, aber eben informell und halb- oder illegal.
Diese gesellschaftlichen Bereiche stehen auch zu den Institutionen der sozialen und politischen Vermittlung in keiner stabilen Beziehung. Und sie revoltieren.

Die Träger der Randalen in den Vorstädten waren ganz andere als die der Arbeitslosenbewegung. Sie sind nicht rechts, nicht links, noch nicht einmal wesentlich unter islamistischer Kontrolle. Sie sind patriarchal, gewalttätig, zerstörerisch, wenn auch vielleicht anders, als die Medien das darstellen. Sie sind die Bösen. Die Träger der Arbeitslosenbewegung gelten zwar auch als Anarchisten, aber mit denen gibt es einen Dialog. Teilweise (aber nur teilweise!) ohne es zu wollen, versucht die Arbeitslosenbewegung neue Kanäle der Vermittlung, Dialoge, Beziehungen zwischen staatlicher Macht und denen, die bislang zwar nicht außerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, aber ohne Bezug zu deren Integrationsinstanzen waren. Sie bietet dem Kapital via Sozialstaat die Chance die abgebrochenen Verbindungen wieder aufzubauen, die Chance der Reintegration. Die Arbeitslosenbewegung kommt damit dem Kapital sehr gelegen, auch wenn sie in den Zeitungen angefeindet, von Bullen niedergeknüppelt wird. Hauptsache man redet miteinander. Sie eröffnet dem Staat die Möglichkeit der Differenzierung in Reintegrierbare und in solche, die man aufgeben muß.

Werden die Armen immer ärmer?

Ein weitverbreiteter Mythos der Arbeitslosenbewegung, der Linken insgesamt, der bürgerlichen Öffentlichkeit überhaupt ist dieser: die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer ärmer. Natürlich stimmt das für bestimmte Gruppen, etwa RentnerInnen oder MigrantInnen. Aber: in gewisser Weise ist diese Sichtweise *self-fulfilling-prophecy.* Eine Armuts-, Elends-, und Opferpropaganda erzeugt nicht rebellisches Selbstbewußtsein, sondern Lethargie und Angst.
Eine Statistik der OECD kommt zu anderen Schlüssen. Untersucht wurde das Verhältnis der Einkommen der obersten 10 % zu dem der untersten 10%. Die Untersuchung ergibt, daß die Schere in Deutschland seit Anfang der 80er Jahre sehr stabil in einem Verhältnis von ca. 2,2 ist, gegenüber 4,3 in USA, 3,3 in Frankreich, 3,3 in GB, 2,8 in Japan. In allen Ländern außer Deutschland hat sich die Schere in den letzten zehn Jahren stark geöffnet. Lediglich in Italien ist das Verhältnis ähnlich wie in BRD, mit einem Einbruch im Jahr `91, der zum Anstieg von 2,2 auf 2,6 bei steigender Tendenz führt. Die Wirtschaftswoche kommentiert die Statistik mit dem Sichwort „Deutsche Gleichmacherei".
Wir sollten auf keinen Fall kapitalistische Ziele oder Tendenzen mit der Realität verwechseln.
Eine Folge der Massenarbeitslosigkeit ist das Wiederauftauchen der *sozialen Frage.* Die *soziale Frage* wird gestellt, um der Frage nach einer anderen Gesellschaft zuvorzukommen. Sie kennt nur das Leiden und die Ohnmacht. Sie kennt nicht den Kampf und wenn, dann nur als defensive Reaktion. Die *soziale Frage* provoziert Strategien des Reformismus: Gerechtigkeit, Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung von oben nach unten. Die *soziale Frage*

sieht nicht die Dynamik der Konflikte, sieht nicht die Träger des Kampfes, sondern problematische Strukturen und Mechanismen, deren negative Auswirkungen es zu beherrschen gilt. Die Strukturen der Weltwirtschaft, die Stukturen des Sozialstaats, die Verteilungsmechanismen, die Strukturen der modernen Arbeitsgesellschaft. Die *soziale Frage* nimmt Arbeitslosigkeit durch die Schablone des individuellen Massenelends wahr. Das führt dazu, nur noch *arme Menschen* zu sehen. Opfer, die nicht handeln, die Hilfe, Sozialarbeit, Betreuung, Führung brauchen.

Keine Macht für die, die uns als ohnmächtig hinstellen, weil sie uns gerne so hätten!

12. April 1998, Redaktion Mannheim/Ludwigshafen

Frankreich:

Kampf der Arbeitslosen, vigipirate[1], garantiertes Einkommen und Ende der Arbeit ...

Als sie die Ankunft der neuesten nord-amerikanischen Erfindung, der »arbeitenden Armen«, in Frankreich ankündigte, fragte sich die »Zeitung aller Mächte«, ob die Rede von den wohltuenden Auswirkungen des erwarteten Aufschwungs das Volk noch lange beruhigen können würde. Und fügte beunruhigt hinzu: »Es ist nicht sicher, daß diese Geduld ihr [der Regierung] auch genehm ist.«[2] Man hätte es nicht besser ausdrücken können. Zwei Monate später begann der Kampf der Arbeitslosen. All jene, welche die neuen Stätten proletarischer Gesellschaftlichkeit, die Büros von ASSEDIC und ANPE besuchen, haben auf unterschiedlichen Ebenen gehört, wie dieser minderheitliche Kampf einen Widerhall unter den Arbeitslosen gefunden hatte. Zum ersten Mal war Arbeitslosigkeit keine ökonomische Kategorie mehr, sondern eine Kampfkollektivität, mit der man sich identifizieren konnte, ohne sich individuell abzuwerten oder schuldig zu fühlen. Durch ihre Aktion eigneten sich die Arbeitslosen wieder eine gesellschaftliche Identität an und drückten das Bewußtsein über die Tatsache aus, daß die Arbeitslosigkeit kein vorübergehender Zustand, sondern auf lange Sicht eine Grundlage von Armut ist.

Warum ist eine solche Bewegung, Trägerin eines mächtigen Gefühls der Revolte gegen Armut, Elend und soziale Ungerechtigkeit, auf eine Minderheit beschränkt geblieben? In einem der reichsten Länder der Welt zählte man 1997 drei Millionen »arme ArbeiterInnen«, sieben Millionen Arbeitslose und Ausgeschlossene[3] und zwei Millionen Personen, die Hälfte davon Kinder, die in absoluter Armut leben. In einem Staat, der für die Zuverlässigkeit seines sozialen Systems bekannt geworden ist, hat fast ein Viertel der Lohnabhängigen nicht mehr genug Geld, um zum Arzt

---

[1] 1995 nahm die französische Regierung einige Attentate in der U- und S-Bahn zum Vorwand, eine bis dahin nicht gesehene Polizei- und Militärpräsenz in den Großstädten aufzufahren. Mit Straßenkontrollen rund um die Uhr wurden alle Schwarze und arabisch aussehende Leute raussortiert. Davon ausgehend haben die Bullen auch weitere »Brennpunkte« wie Drogenszene usw. durchkämmt und die U-Bahn-Gesellschaften haben ihre eigenen Wachdienste massiv ausgeweitet. Dieses »Maßnahmenbündel« nannte die Regierung selbst »vigipirate« (in etwa: überwach den Piraten).

[2] »Habt Ihr Arme gesagt?«, Le Monde, 20.Dezember 1997

[3] Anm. d. Übers.: Was in Deutschland als »Zwei-Drittel-Gesellschaft« diskutiert worden ist, wird in Frankreich als »Ausschluß« thematisiert.

zu gehen und ist nun wieder auf die milden Gaben von einst angewiesen.[4] Gründe genug, um diejenigen zu verwirren, die gestern noch über die Vorstellung des alten Marx von der Verelendung des Proletariats höhnisch lachten. In wenigen Jahren sind die Orientierungspunkte zusammengebrochen, Arbeitslosigkeit und Not sind zur unvermeidlichen Folge prekärer Arbeit geworden. Und trotzdem wird der Kampf der Arbeitslosen ein Kampf von nur einigen Arbeitslosen bleiben, den Kämpferischsten und den politisierten Kernen, der sich vor dem Hintergrund großer Popularität und der »Unterstützung durch Delegierung« abspielt. Wie bei anderen Gelegenheiten hat die Delegierung auch diesmal den Platz von Solidarität und aktivem Engagement eingenommen; damit wurde der Kampf um die Dynamik seiner Ausbreitung gebracht, und die aktuellen Grenzen gesellschaftlichen Kampfverhaltens zeigten sich. Grenzen, die sich im schlimmsten Fall in ängstlichem Schweigen ausdrücken und im besten Fall im Spruch »Sie haben Recht!«. Dieser Spruch drückt wunderbar die Trennung zwischen denen, die kämpfen und denen, die es akzeptieren, daß für sie gekämpft wird, aus. Zu den Abwesenden, die sich im Kampf der Arbeitslosen hätten wiederfinden können, gehörten die StudentInnen und vor allem die Masse der ausgeschlossenen Jugendlichen aus den Banlieues der Großstädte.

Die Studenten waren an allen Kämpfen der letzten Jahre massiv beteiligt, sowohl im Generalstreik des Öffentlichen Dienstes (Winter 1995) wie in der Unterstützung der illegalen Einwanderer (»sans papiers«). Diesmal gab es an den Unis wenige Solidaritätsdemos mit den Arbeitslosen, obwohl dort die meisten von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Die weitergehenden Forderungen einer voluntaristischen Minderheit, die versuchte, den Kampf ins studentische Milieu hineinzutragen, wurden nicht zur Kenntnis genommen.[5] Die Jugendlichen an den Gymnasien und Oberschulen haben sich nicht bewegt, obwohl es hier und da Mobilisierungen gegen die Gewalt und die Verschlechterung der Lernbedingungen gab.

Man hat die allgemeine Verbreitung des Studierens als eine Form von Proletarisierung interpretiert. Nun aber stellt man fest, daß es anstatt zur erwarteten Vereinheitlichung zu einer wachsenden Ungleichheit bei der Schulbildung gekommen ist und zu einem Auseinanderbrechen des öffentlichen Schulwesens in Eliteschulen und Schulen für die Armen.[6] Die Auswirkungen der Selektion machen sich gründlich bemerkbar: verschärfte Konkurrenz, egoistische Gleichgültigkeit und Individualismus. Ein langer

---

[4] Die offiziellen sozialen Dienste werden auf die privaten, religiösen und anderen Hilfsdienste ausgelagert (Le Monde, 6. November 1997)

[5] Die Besetzungen der ENS in Paris und des Instituts für Politologie in Lyon durch Arbeitslose waren von diesem Gesichtspunkt aus Niederlagen. Zur gleichen Zeit lief in den Technischen Instituten der Uni ein Kampf ohne jeden Bezug zum Kampf der Arbeitslosen ...

[6] »Reiche Schulen, arme Schulen, die Abstände werden immer größer« Le Monde, 12. Februar 1998.

Weg seit der Bewegung gegen das CIP,[7] die ihre Kraft aus der Ablehnung der Prekarisierung der Ausbildung geschöpft hatte. Nicht daß die Studentenbewegungen als Niederlagen erlebt worden wären. Aber auf lange Sicht haben sie nicht verhindert, daß sich die Situation verschlechtert und die soziale Selektion durchgesetzt hat. Das hat zu Demoralisierung und Demobilisierung geführt, so daß sich beim Kampf der Arbeitslosen nur die politisch engagierten StudentInnen den Aktionen angeschlossen haben. Ein Streik kann das Funktionieren von gesellschaftlichen Bereichen blockieren. Er kann andere gesellschaftliche Gruppen dazu bringen, sich auf die eine oder andere Seite zu stellen. Aber den Arbeitslosen ist es über einige Aktionen hinaus nicht gelungen, eine mitreißende Dynamik zu entfalten.
Dort, wo die kapitalistische Unsicherheit herrscht, können die Kinder der Arbeitslosen heute nichts anderes werden als Arbeitslose, Kriminelle, AufpasserInnen ihrer Geschwister[8]. Wohl verstanden, die gewerkschaftlichen und politischen Sozialnetze der alten Arbeiterbewegung, die eine integrative Funktion hatten, sind mit der Zersetzung der proletarischen Gemeinschaft verschwunden. Anfangs glaubten die Politiker der Linken, sie durch eine Kontrolle in Soft-Version ersetzen zu können[9]. Man hat schnell gemerkt, daß die Anwesenheit einer Armada von »Sozialarbeitern« und »Animateuren« nicht zur »Aufrechterhaltung der Ordnung« ausreichte, daß man diese Orte mit Polizeikräften umzingeln und durchkämmen mußte. Das Inkrafttreten des Plan Vigipirate 1995[10] markiert den Beginn einer neuen Sicherheitspolitik, die zum Element einer von Links bis Rechts reichenden Übereinstimmung geworden ist. Seither sind die »außerordentlichen Maßnahmen« normal geworden, auf der geraden Linie der autoritären Entwicklung der parlamentarischen Demokratie. Dadurch ist Frankreich heute zu dem Ort in Europa geworden, wo der Staat sein Recht durch eine Militarisierung der Kontrolle der Ausgeschlossenen durchsetzt.[11]
In der städtischen Welt, wo die Massenarbeitslosigkeit grassiert, hat der Kampf der Arbeitslosen wenig Echo gefunden. Sicherlich kamen viele Militante der Arbeitslosenkomitees aus armen Stadtvierteln. Aber die große Mehrheit der

---

[7] Anmerkung des Übers.: Schüler- und Studentenbewegung gegen den Regierungsplan, den Mindestlohn für jugendliche Berufsanfänger abzusenken im Frühjahr 94. Siehe Wildcat-Zirkular 3; April/Mai 94

[8] In den benachteiligten Wohnvierteln leben 45 Prozent der Jugendlichen in Familien, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. *Le Monde, 13. Februar 1998.*

[9] Noch neuerdings rief ein sozialistischer Bürgermeister nach einem Mord in einem Vorstadt-Kommissariat das »dichte und leistungsfähige Netz der Vereinigung« an, um Zwischenfälle abzufangen *Le Monde, 20. Dezember 1997).*

[10] Gerechtfertigt durch terroristische Anschläge, die niemals aufgeklärt wurden.

[11] Der Plan Vigipirate hat insbesondere erlaubt, die Repression gegen die eingewanderten ArbeiterInnen zu verschärfen.

Jugendlichen – für die die Arbeitslosigkeit mehr der Zustand ist, in dem sie bereits leben, als ein Zustand, in den sie erst hineinfallen – bleibt außen vor, auch wenn man einige Initiativen zur Popularisierung des Kampfes hervorheben muß.[12] Es wäre zu einfach, diese Abwesenheit mit der Präsenz der Sicherheitsgürtel von Vigipirate rund um die gefährlichen Klassen zu erklären, die in den alten Schlafstädten der Arbeitskraft geparkt sind. Passivität, Resignation und Angst sind die unehelichen Kinder der Krise der alten Arbeiterbewegung, ihrer Schwäche auf gewerkschaftlicher und politischer Ebene. Kann man dort eine soziale Explosion erwarten oder stehen wir am Rande einer Implosion? Die Militarisierung der sozialen Kontrolle ist ein wesentlicher Faktor der politischen Handhabung der Krise. Sie hält die Klassentrennungen im städtischen Raum aufrecht und spielt also eine Rolle bei der Isolierung der Kämpfe – vor allem bei denen, die außerhalb der Arbeitsstätten die Straße besetzen.

2

Seit den Anfängen des Kapitalismus wirft man den Maschinen vor, die Arbeitskraft zu ersetzen. Die Ersetzung von Arbeit durch Kapital kennzeichnet die Bewegung des Kapitalismus, den Wettlauf um Profit, der das konstante Wachstum der Produktivität anstachelt. In der Expansionsphase reduziert das Kapital den Anteil der Arbeit im Verhältnis zu dem der Maschinen und weitet zur selben Zeit seine Reproduktionsbasis aus, wobei es die absolute Zahl der Arbeiter erhöht. Im Gegenzug ist der Kapitalismus in Zeiten der Rentabilitätskrise, wenn das Wachstum sich verlangsamt, gezwungen, die Produktivität der Arbeit auf einer immer konzentrierteren Grundlage zu steigern. So äußert sich das Gesetz des Ersetzens von Arbeit durch Maschinen in eine absolut niedrige Zahl der Arbeitskräfte. Das verkaufen uns die Gauner heute als Niedergang der Lohnarbeit.[13] Wer von einem Niedergang der Rentabilität redet, redet vom Verschwinden der Bedingungen, die es den Kapitalisten erlauben, die Profite in die Produktion zu investieren. Weil eine wachsende Masse von Profit notwendig ist, um das bereits existierende Kapital zu verwerten. Die

---

[12] Ein in Lyon in den Vorstädten verteiltes Flugblatt rief die Jugendlichen auf, sich dem Kampf der Arbeitslosen anzuschließen: »Damit niemand an unserer Stelle handelt, für die Autonomie der Kämpfe«, *Le Monde libertaire*, 12. Februar 1998.

[13] Siehe J. Rifkin, *Das Ende der Arbeit.* Rifkin ist in den USA dafür bekannt, daß er in der Lage ist, alles zu schreiben, und genausogut sein Gegenteil. Er hat das Vorwort zur französischen Ausgabe seines Buchs von Michel Rocard, dem neoliberalen französischen Sozialisten schreiben lassen. Das ist auch eine Referenz! Als Kritik an diesem Werk siehe Doug Henwood *Post what?*, Monthly Review, New York, September 1996.

Existenz von riesigen spekulativen und finanziellen Profiten ist deshalb kein Beweis für das gute Funktionieren des Kapitalismus. Im Gegenteil! Dem ersten reformistischen Grundsatz zufolge würde es reichen, diese Profite autoritär auf produktive Investitionen zu orientieren, um einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen. Nun aber handelt es sich eher darum, zu erklären, warum eine solche Situation andauert. Indem sie wie die Bourgeois durch den Horror der Ökonomie[14] von Panik ergriffen sind, haben einige Sonderlinge geglaubt, darin den Beweis dafür zu sehen, daß sich das Kapital auch anders als durch die Ausbeutung der Arbeit verwerten könne. Diejenigen, die in Korea, Indonesien und anderswo Spekulationsprofit mit Kapitalverwertung verwechselt haben, bezahlen nun dafür: Dieser »Wert« ist genauso schnell zusammengeschmolzen, wie er an der Börse erzeugt worden war. Gerade weil die Verwertung der Arbeit in der Krise ist, wächst die Spekulationsblase und nicht umgekehrt.[15] Und deshalb ist das Ziel des Kapitalismus nicht das Ende der Arbeit, sondern die Absenkung ihrer Kosten in den Grenzen, die dabei der Klassenkampf setzt. Die Ausbeutungsbedingungen im heutigen Europa sind das Resultat einer langen Periode von Arbeiterniederlagen, vom Streik der Bergarbeiter in Großbritannien bis zum Ende der scala mobile in Italien und der allgemeinen Durchsetzung der Flexibilität der Arbeit. Und auf dieser Jagdstrecke hat die Linke einen Ehrenplatz, denn überall hat sie es geschafft, die Armen dazu zu bringen, die Armut unter sich aufzuteilen.

Im Kampf der Arbeitslosen gab es einen durchgängigen Unterschied zwischen den Forderungen derer, die selber kämpften und den Forderungen, die von den Organisationen aufgestellt wurden, die sie repräsentieren wollten. Die kämpferischsten Arbeitslosen scheinen begriffen zu haben, daß es sehr wenig und sehr schlecht bezahlte Lohnarbeit geben wird. Es war andererseits auch klar, daß das offizielle Gefeilsche um die 35 Stunden bei etwas weniger Arbeit für einige und weniger Lohn für alle enden würde.[16] Von daher die Bedeutung der verschiedenen Aktionen, in denen Mittel zum Leben gefordert wurden. Hinter diesem zutiefst egalitären Geist nimmt die radikale Infragestellung dieser steinreichen Gesellschaft Gestalt an. Die reformistischen Organisationen ihrerseits stellen sich auf die Ebene von denen, die nicht kämpfen und fordern das Recht auf Arbeit, die rechnerische Aufteilung der

---

[14] Anm. d. Übers.: bezieht sich ironisch auf das Bestsellerbuch von Vivian Forrester, *Der Terror der Ökonomie*, 1997

[15] »In dem Moment, in dem das Kapital sich finanziert, weiß es nicht mehr, was es mit dem erzeugten Mehrwert anfangen soll. Heute versucht das Geld, Geld zu produzieren ohne den Umweg über die Arbeit.« André Gorz, Interview mit der Libération, 25. September 1997.

[16] Der offizielle Wirtschaftsfachmann der deutschen Sozialdemokratie, Heiner Flassbeck geht schnurstracks aufs Ziel los: »Die Reduzierung der Arbeitszeit ist die Umverteilung der Arbeitslosigkeit.« Interview mit *Le Monde*, 27. Januar 1998.

Arbeit, oder sogar ein vom Staat garantiertes Mindesteinkommen.[17] In dem Moment, in dem der Kapitalismus die Konsequenzen der Niederlage des Nachkriegs-Keynesianismus durchmacht, bestehen die möglichen liberalen Reformen in einer größeren Flexibilität und in niedrigeren Löhnen. Die obigen Gegenpositionen können sich nur in Wirtschaften mit einem starken staatlichen Interventionismus realisieren. Wie es der Fall beim Nationalsozialismus oder dem Demokratie-Faschismus des New Deal war. Wenn man nicht einfach nur gutgläubig ist, muß man doch sehen, daß das »Recht auf Arbeit« auf Zwangsarbeit verweist; daß das »garantierte Einkommen« eine soziale Kontrolle der Unterstützten mit einschließt. War der Sozialstaat nicht die Regulierung der Armut durch den Staat? All das läuft also parallel zu einer autoritären Kontrolle des nationalen Raums (mehr noch des europäischen Raums) und seiner Bevölkerungen mit Unterstützung eines perfektionierten Plans vigipirate.

Die Massenarbeitslosigkeit zeigt, daß die Arbeit im Kapitalismus ein gesellschaftliches Verhältnis ist. Auch wenn man ohne Arbeit ist, bleibt man diesem Verhältnis unterworfen. Jeder Arbeitslose weiß das und erlebt es jeden Tag aufs neue. Die legitime individuelle Verweigerung des Arbeitszwangs zählt wenig angesichts des Elends der Masse derjenigen, die davon ausgeschlossen sind. Auch hier hat uns der Kampf der Arbeitslosen näher an die Realität gerückt. Was in Frage steht, ist nicht eine individuelle Lebensentscheidung, sondern die Wahl zwischen dem Kampf gegen eine Gesellschaft, die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten hervorbringt, und der Unterwerfung unter die Vorstellung, daß die Lohnarbeit unumgänglich ist. Als die Arbeitslosen in Paris den Sitz der Sozialistischen Partei besetzt haben, sind sie in der Caféteria auf den Autor vom »Recht auf Faulheit« gestoßen .... Natürlich handelte es sich nur um einen Kupferstich, der wirkliche Lafargue war seit Beginn der Bewegung bei ihnen gewesen. »Arbeitet, arbeitet, um, immer ärmer geworden, noch mehr Ursache zu haben, zu arbeiten und elend zu sein. Das ist das unerbittliche Gesetz der kapitalistischen Produktion.«[18] schrieb er und bedauerte: »Statt in den Zeiten der Krise eine Verteilung der Produkte und allgemeine Belustigung zu verlangen, rennen sich die Arbeiter vor Hunger die Köpfe an den Toren der Fabriken ein.« Wenn es auch stimmt, daß dies die Haltung der Organisationen war, so haben die kämpferischen Arbeitslosen eher die rebellische Idee Paul Lafargues aufgenommen. Man hat sein Buch oft interpretiert als Einladung zur industriellen Freizeit im unveränderten Rahmen der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Um den Begriff

---

[17] Die Arbeitslosenkomitees der CGT und die (kommunistische) Apeis sprechen absichtlich von »Arbeitern ohne Beschäftigung«, ein Ausdruck, der auf staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zielt. Bei A.C., wo die Basis eine gewisse Unabhängigkeit hat, hat sich die Vorstellung eines garantierten Einkommens durchgesetzt.

[18] Paul Lafargue, *Das Recht auf Faulheit*, (1883), Ludwigshafen 1988

der »Faulheit«, von dem Lafargue spricht, in der heutigen Zeit zu gebrauchen, muß man von der Ablehnung der modernen Vorstellung von Freizeit ausgehen. Faulheit kann nur gesellschaftliche Subversion sein, die Wiederaneignung der Totalität des Lebens, die Abschaffung der entfremdeten Lohnverhältnisse. Unglücklicherweise ist der Geist der aktuellen Epoche derjenige der Caféteria der Sozialistischen Partei. Unter den Stammgästen erwarten einige die Selbstabschaffung des Kapitalismus mithilfe von »subversiven Unternehmer-Denkern.«[19] Das macht Mut! Aber was sie alle besorgt macht, ist die soziale Zersetzung, die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird. Von daher das Bedürfnis, die Organisierung der neuen »freien Zeit« zu theoretisieren. Gewaltsam vom Lohnverhältnis ausgeschlossen darf der Proletarier sich nicht gehenlassen, höchstens in genau umgrenzten Ghettos. Der »neue Sektor«, der »Markt der Solidarität« muß seine nicht-bezahlte Arbeit nutzen. Freiwilliger sozialer Dienst wird als »ein Instrument, die Arbeit aufzuteilen, ein Sektor von freiwilligem Arbeitsdienst, gleichberechtigt mit der Lohnarbeit« dargestellt.[20] Hier sind also die Umrisse der Traumwelt des dritten Jahrtausends: Zwangsarbeit unter den Kameras von vigipirate mit einem garantierten Einkommen ....

Die Kämpfe der Arbeitslosen haben eine sichere Zukunft. Auf Dauer und zu seiner Verallgemeinerung wird sich dieser Kampf radikalisieren können, so lange er im Zentrum der Frage der Lohnarbeit steht. Voraussetzung dafür ist, daß die unabhängige kollektive Kraft in der Lage ist, die Fallen des autoritären Reformismus zu umgehen, der sich jetzt schon ankündigt.

Charles Reeve

---

[19] Interview mit André Gorz, Libération, a.a.O.

[20] Roger Sue, La Richesse des hommes [Der Reichtum der Menschen], hrsg. Odile Jacob, 1998 (siehe das Interview des Verfassers in Le Monde, 10. Februar 1998). Die Vorstellung von freier Zeit, die in »geselligen Aktivitäten« organisiert wird, findet sich ebenso im letzten Buch von André Gorz »Elend der Gegenwart, Reichtum des Möglichen«, Galilée, 1997.

Finanzkrise in Asien

Das Kapital schlägt zurück, oder: „Beten und hoffen"

1.

Als im März 1997 die erste thailändische Firma ihre ausländischen Schulden nicht mehr bedienen konnte, erklärte der „Managing Director" des IWF, Camdessus, *„Ich kann keinerlei Grund erkennen, daß sich diese Krise weiterentwickeln sollte"* (Roubini 1). Im September 97, als die Thailändische Währung schon eingebrochen war, der IWF schon sein Hilfsprogramm für Thailand geschnürt hatte, veröffentlichte die Weltbank ein Papier, in dem sie ausführte: *„Indonesien hat einen bemerkenswerten Erfolg in der letzten Dekade erzielt und gehört zu den am besten funktionierenden Ökonomien in Ostasien"*. Noch im März 98 konnte man dieses Papier auf der Website der Weltbank finden (FOCUS 1998). Stanley Fischer, der erste stellvertretende „Managing Director" des IWF, versichert uns, sie hätten im Falle Thailand frühzeitig gewarnt (Fischer 1998), bezüglich anderer Länder behauptet er das nicht.
Das alles zeigt, wie überrascht die Geldbürokraten von der Krise in Südostasien waren. Dabei hatte es an Anzeichen und Warnungen auch aus ihren Reihen nicht gefehlt. Vor allem die Korrespondenten der Wirtschaftszeitungen konnten vor Ort schon 96 und früher die kommenden Schwierigkeiten erahnen. Sie berichteten über wachsende Ansprüche, zunehmendes Selbstbewußtsein, Lohnkämpfe; aber auch über die Selbstbedienungsmentalität der herrschenden Cliquen. Jetzt, nach dem Zusammenbruch der Währungen, der nicht sehr erfolgreichen Intervention des IWF und der Weltbank, nach großen Verlusten bei den Banken der alten Metropolen, nach Massenentlassungen und aufkommendem Hunger, jetzt müssen auch die Vertreter des Geldes zugeben: *„Im Moment hat die Krise eher einen politischen als ökonomischen Charakter."* (Brown 1998).

2.

Seit dem Aufstand 87 in Seoul und der Tien-an-men-Revolte 89 in Beijing haben China und Südostasien einen gewaltigen, langandauernden Boom erlebt. Dieser Boom beruhte auf der massenhaften Proletarisierung und erfolgreichen Integration von Millionen von ehemaligen Bauern in industrielle Ausbeutungssysteme. Die Entwicklung war rasant; jahrelange Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts weit oberhalb der in den alten Metropolen, z.T. sogar in zweistelliger Größe; steigende Löhne und sich verbessernde Lebensbedingungen; das Entstehen einer wohlhabenden Mittelschicht entlang der Industrialisierung. Aber auch unvorstellbarer Reichtum bei wenigen Familien: In Thailand ist es die Familie Sophopanich, die nicht nur die Bangkok Bank, eine der größten asiatischen Banken außerhalb Japans beherrscht, sondern darüber hinaus noch eine Menge Firmen und Grundstücke (Wong 1998); in Südkorea stehen die 30 größten Chaebols

für fast 2/3 der Ökonomie (Kristof 1998); die Söhne und Töchter des indonesischen Präsidenten gelten als die größten Raffzähne der Welt; die „Familie" ist nicht ganz so reich wie Bill Gates. In einer Hinsicht jedoch blieb die Entwicklung zurück: die Herrschaftsstrukturen behielten noch wesentliche Charakterzüge aus einer Zeit bei, in der die Landbevölkerung die übergroße Mehrheit einer deshalb relativ stabilen Gesellschaft stellte (siehe: Welt in Umwälzung 1996). Das betrifft die Strukturen und die Funktionsweise der Staaten, deren wesentliche Werkzeuge nationalistisch/patriarchalische Ideologie und unverhüllte Repression blieben. Die neuen kapitalistischen Verkehrsformen entschwanden zum Teil der Kontrolle, d.h. die Schattenwirtschaft ist sehr groß und umfaßt alle Ebenen. Auch die Umgangs- und Verkehrsformen innerhalb der herrschenden Cliquen scheinen wie aus alten Zeiten überkommen zu sein. Persönliche Beziehungen sind wichtiger als finanzielle Risikoabschätzungen und schiere Größe oft erstrebenswerter als hohe Profite.
Das Wachstum der Firmen, des Proletariats und der Löhne war eine Entwicklung auf Pump. Jetzt hat das internationale (Finanz-)kapital eine erste Rechnung ausgestellt. Ob sie bezahlt wird und wer sie bezahlen wird, ist offen.Dies alles gilt allgemein für ganz Südostasien, einschließlich China und bis zu einem gewissen Grad auch für Japan. Die Gewichtung der einzelnen Faktoren und die Geschwindigkeit der Entwicklung war und ist unterschiedlich und hat zu einer unterschiedlichen Ausprägung der Krise in den einzelnen Ländern geführt.

3.
Eine der Schwierigkeiten, mit der der IWF sowohl ideologisch als auch praktisch nur schwer zurecht kommt ist, daß – im Gegensatz zu der Situation in Mexiko 1994 – die Länder zwar alle hoffnungslos überschuldet sind, diese Schulden sich aber nicht beim Staat, sondern in privater Hand befinden. Die Staatsbudgets waren zu Beginn der Krise entweder mindestens ausgeglichen (Thailand +1,6%, Indonesien +1,4%)(Wolfensohn 1998) oder in bescheidenem Defizit. Verschuldet waren und sind die Firmen, die mit minimaler Kapitalbasis riesige Summen produktiv oder spekulativ bewegten und verschuldet sind die inländischen Banken, die im Vertrauen auf die Wachstumsraten und Währungen ohne Vorsicht eigene Gelder an die Freunde verliehen oder Gelder, die ihnen auf den internationalen Geldmärkten aufgedrängt wurden, weiterleiteten. *„Bis zum letzten August gaben Investoren mehr Geld, als Indonesien damit was anzufangen wußte"* (Sender 1998). Der Kapitalfluß innerhalb Asiens und der Kapitalzufluß (aus den alten Metropolen) bestand zum großen Teil (70%) aus Geldtransaktionen innerhalb des internationalen Bankensystems (also aus Krediten); der Handel mit Wertpapieren aller Art (von Aktien bis Pfandbriefen) ist dagegen weniger wichtig (Sender 1998).
Es wurde „Finanzkapital" in From von Geld nach Asien gepumpt, beim Engagement in die direkte Ausbeutung der asiatischen ArbeiterInnen war das „alte" Kapital mehr als zurückhaltend. Entweder ließ man Subs für sich produzieren (Welt in Umwälzung/2) oder ging in Joint Ventures, in die man aber mehr das „Know How"

und die Vertriebsmöglichkeiten als eigenes Kapital einbrachte. Zum Teil war das nicht ganz freiwillig, fast überall gab und gibt es immer noch weitgehende gesetzliche und kulturelle Hindernisse und Beschränkungen für ausländische Investoren; z.B. konnte in Thailand kein Grundbesitz erworben werden; der Aktienanteil für Ausländer war beschränkt usw.

„Wir brauchen Reform, keine Rechtfertigung"

Welche Blüten dieser „Crony-Capitalism" (eine holprige Übersetzung könnte sein: Kumpanei-Kapitalismus) treiben konnte, zeigt der Zusammenbruch des Investmenthauses Peregrine in Hong Kong, immerhin das größte Unternehmen seiner Art in asiatischer Hand. Steady Safe, einem Taxi- und Busunternehmen in Jakarta, das als wichtigste Sicherheit die Mitgliedschaft einer Präsidententochter in seinem Verwaltungsrat vorweisen konnte, gelang es, sich Peregrine als besonders würdig darzustellen. Peregrine versuchte 96, Kredite in der Größenordnung von mehreren $100 Millionen aus den USA zu vermitteln, was aber nicht gelang. Trotz aller Asien-Euphorie schien den Investoren ein solches Geschäft denn doch zu gewagt: die Taxifirma hatte keinerlei Einnahmen in Dollar und überhaupt nur einen Umsatz (in Rupiah) im damaligen Wert von grade mal $9 Millionen. Peregrine gab daraufhin die Kredite aus eigenen Mitteln. Im Dezember 97 stellte sich dann heraus, daß Steady Safe Peregrine $270 Millionen schuldete und nach dem Verfall der Rupiah natürlich sofort insolvent war. Ihr Fahrzeugpark in Jakarta repräsentierte noch einen (unverkäuflichen) Wert von ungefähr 4 Millionen Dollar. Der Rest des Geldes? Untergegangen in Währungsgeschäften und verschwunden im Finanz-Dickicht der „Familie". Am 12.Januar geht Peregrine in Liquidation, Steady Safe fährt weiterhin Taxi.(Sender, Granitsas).

Das ist sicherlich ein extremes Beispiel, wenn auch nicht das einzige seiner Art. Nach dem Verfall der Währungen sind ein großer Teil der Banken und der Firmen „technisch" bankrott, d.h. ihre Verbindlichkeiten übersteigen ihr Vermögen. Hinzu kommt, daß auch langfristige Projekte oft mit kurzfristigen Krediten finanziert wurden (dazu weiter unten am Beispiel Südkorea). Wirkliche Bankrotte gibt es dagegen wenig; die Gesetze machen fast überall den Zugriff der Gläubiger auf das Restvermögen schwer oder unmöglich. „*Firmen schließen hier nie. Wir nennen sie Zombie-Gesellschaften, sie sind tot aber arbeiten immer noch*" (Castle 1998).

4.

Es ist kein Zufall, daß die thailändische Währung als erste zusammenbrach. Thailand hatte die höchsten Wachstumsraten gehabt, ein relativ gemäßigt-

despotisches Regime und vor allem: mit die härtesten und militantesten Arbeiterkämpfe und sozialen Bewegungen. Die Auseinandersetzungen bei Thai Suzuki, wo die Manager von den Bullen freigeschossen werden mußten, das brennende Lagerhaus von Sanyo, die Bankangestellten, die zwei Tage später mit brennenden Feuerzeugen demonstrierten (und „*Sanyo, Sanyo*" riefen), die LandproletarierInnen, die wochenlang das Parlament belagerten... Schlaglichter aus dem thailändischen Klassenkampf, die schon 96 zu den ersten Warnungen in den Wirtschaftszeitungen führten: „*Der wachsende Aktivismus der thailändischen Arbeiter, verbunden mit steigenden Löhnen und mäßiger Ausbildung ist eine potentielle Bedrohung für weiteres ausländisches Investment und die thailändische Wirtschaft*" (Horn 1996).Nachdem im Januar 1997 Hanbo Steel, ein großer koreanischer Chaebol mit $6 Milliarden Schulden zusammengebrochen war, im Februar die erste thailändische Firma ausländische Schulden nicht mehr bedienen konnte und im März die Regierung ankündigte, sie würde $3,9 Mrd schlechter ausländischer Forderungen übernehmen (dies dann aber gleich wieder abstritt), wurden denn auch die Spekulanten aufmerksam. Der Baht war an den Dollar gebunden und erfuhr damit (gegenüber dem Yen, der Währung seines wichtigsten Handelspartners) eine fortwährende Aufwertung. Japan war in Rezession. Der Export ging zurück, während die Importe stark zunahmen mit der Folge eines riesigen Zahlungsbilanzdefizits. Der Baht steht unter enormen Abwertungsdruck. Im Mai wird der erste massive Spekulantenangriff mit Hilfe der Intervention von Singapur abgewehrt (Roubini 1) ; ein paar Tage später scheitern Versuche, Finance One, ein großes thailändisches Finanzhaus, zu retten. Im Juni setzt die Regierung die Geschäfte von 16 Banken aus; ein zweiter, diesmal erfolgreicher Spekulationsangriff erfolgt.

Solche Angriffe finden natürlich nicht in aller Öffentlichkeit statt, so daß niemand genau weiß, wer und wie. Es könnte im Prinzip folgendes passiert sein: unter Einsatz hoher Mittel liehen sich die Spekulanten über Wochen riesige Summen in Baht und tauschten sie bei den thailändischen Geschäftsbanken gegen Dollar. Die Devisenreserven der Notenbank in Bangkok erschöpfen sich langsam. Thailand soll bis zu $23,4 Mrd im verzweifelten Versuch verloren haben, die spekulativen Angriffe abzuwehren (Khor 1998). Um nicht gänzlich im Strudel zu versinken, gibt am 2.7.97 die Regierung den Baht frei und bittet den IWF um „technische Hilfe". Sofort fällt der Baht um ungefähr 15-20% auf ein „historisches Tief" (von denen im Verlauf der Krise noch viele erreicht werden sollten!). Die Spekulanten konnten jetzt Baht kaufen, ihre Schulden begleichen und satte Gewinne einstreichen (nach: Gück 1998).

Die anderen Währungen reagieren im Dominoeffekt. Der wirtschaftliche Zusammenhang in Südostasien ist eng; mit vielen Produkten konkurrieren die Ökonomien direkt miteinander oder handeln untereinander, der Zusammenhang der Geldströme ist entsprechend. Hinzu kommt, daß auch dem internationalen Finanzkapital die Ähnlichkeit der Probleme bekannt waren. Obwohl sich anfangs noch viele Regierungen bemühen, unter Einsatz ihrer Dollarreserven die Währung

zu stützen, geraten alle südostasiatischen Länder in den Sog der Krise. Nicht nur die Währungen fallen; die Aktienkurse genauso.

Wechselkurs gegen US$	30. 12.96	2. 1. 1998	8. 4. 1998	Tiefststand
Hong Kong (Dollar)	7,7375	7,7495	7,7493	
Indonesien (Rupiah)	2363	6750	8525	17100
Japan (Yen)	116,15		133,48	
Malaysia (Ringgit)	2,5277	4,0550	3,7000	4,6
Philippinen (Peso)	26,30	42,65	38,00	43
Singapur (Dollar)	1,4	1,7	1,6	1,8
Süd Korea (Won)	844	1780	1434	1836
Thailand (Baht)	25,63	50,25	39,95	57

Am 28. Juli bittet Thailand den IWF um Hilfe; Indonesien am 8. Oktober und Süd Korea am 21. November. Der IWF kündigt Hilfsprogramme an mit Krediten im Wert von $16 Mrd für Thailand, $43 Mrd für Indonesien und $55 Mrd für Süd Korea, das größte Hilfspaket in der Geschichte des IWF.

5.

Der IWF verfügt über etwa $200 Mrd, bereitgestellt von den Mitgliedsstaaten. Das Stimmrecht im IWF bemißt sich an der Größe der Einlagen; die USA halten 36%, Deutschland und Japan je 5,7% und UK und Frankreich je 5,1%. „*Die praktische Wirkung dieser Machtverhältnisse beschrieb die Washington Post in der vergangenen Woche am Beispiel Südkorea so: Der ‚IWF und andere Staaten schliessen sich den USA beim größten Rettungspaket aller Zeiten an*'" (Pinzler 1997). Die Hilfspakete bestehen tatsächlich nicht nur aus Mitteln des IWF selber, miteingerechnet sind Mittel, die von betroffenen bzw. besorgten Regierungen (darunter kann auch diejenige selbst sein, die das Geld kriegt) und von anderen internationalen Institutionen kommen, wie der Weltbank oder der Asian Development Bank. „*Ich muß betonen, daß der IWF keine Wohlfahrseinrichtung ist. Wir verleihen Geld, wir verschenken es nicht. Und wir machen unsere Arbeit nicht auf Kosten des Steuerzahlers*", so Fischer im Januar (Aslam 1998). Im Gegenzug dazu, daß der IWF mit diesen Geldern den Regierungen gegenüber kurz- oder mittelfristigen Verbindlichkeiten aus der Patsche hilft, indem er sie praktisch in längerfristige Kredite (meist mit drei Jahren Ziel) umschuldet, müssen die Regierungen vertraglich zusichern, bestimmte Maßnahmen zu treffen. Der IWF ist wahrlich keine Wohlfahrtseinrichtung, denn diese Maßnahmen bestehen im Kern immer aus dem, was man *Austerity* nennt. Kürzungen des Budgets, vor allem im Sozial-, Bildungs- Gesundheitsbereich; Kürzung oder Streichung von Subventionen, womit zuallererst oft die Subventionen von Grundnahrungsmitteln gemeint sind; Öffnung des Marktes, d.h. Aufhebung aller Gesetze und Vorschriften, die das Eindringen ausländischen Kapitals erschweren; Aufhebung von Gesetzen und Vorschriften, die Beschäftigte und Arme schützen; Privatisierung von

Staatsunternehmen aller Art; Streichung von für unsinnig erachteten Großprojekten. Die Gelder werden nicht auf einmal ausgehändigt, sondern in kleinen Raten und immer nur dann, wenn der IWF mit der Befolgung seiner Maßnahmen zufrieden ist. Im Prinzip verfolgt der IWF auch diesmal diese Politik. Der Punkt war (und ist) aber, daß es diesmal veränderte Umstände sind. Zuallererst, oben schon angedeutet, verhandelt diesmal der IWF nicht mit den Schuldnern direkt. Zum anderen verhandelt er überhaupt nicht mit einem Schuldner (wie gesagt: die Budgets waren und sind ok). Der erste Punkt hat zur Folge, daß der IWF dieses Mal Maßnahmen verlangen muß, die die Kontrolle und den direkten Einfluß der Staaten in die nationale Ökonomie verstärken. Zum Programm gehört nämlich in diesen Fällen neben der Öffnung der nationalen Ökonomie für ausländisches Kapital die Sanierung des Bankensystems, d.h. nicht nur Regelungen zur Verbesserung der Staatsaufsicht über die Banken, sondern die Verteilung der IWF-Milliarden an die Banken. Das bedeutet in den meisten Fällen Übernahme der Banken oder Anteilen daran durch den Staat. Der zweite Punkt bedeutet, daß der IWF die Staaten erst zu Schuldnern macht! Das hat im Falle Koreas schon mehrere gescheiterte Verhandlungsrunden zur Folge gehabt (was dazu führte, daß erst am 4.Dezember ein Abkommen getroffen wurde). Beides zusammen hat dazu geführt, daß die IWF-Intervention die Krise nicht beendet, eher verschärft hat. Obwohl im Dezember schon $15,5Mrd an Südkorea und $10 Mrd an Indonesien ausgezahlt wurden, wurde der Fall der Währungen nicht aufgehalten, die indonesische Rupiah bricht Anfang Januar regelrecht zusammen. In Thailand erlaubt der IWF entgegen der ursprünglichen Abmachung Anfang Januar ein Defizit im Budget, weil der Baht inzwischen auf 50 zum Dollar gefallen war, entgegen einer Einschätzung zur Zeit des Abkommens, wo man von einer Stabilisierung bei 32 ausgegangen war (Roubini 2) – die Gesamtsituation in Asien und eine weitere Einschränkung der Staatsausgaben drohen zu einer scharfen Reduzierung der Wirtschaftstätigkeit insgesamt zu führen. Südkorea wird, so befürchten viele Experten, die IWF-Milliarden viel schneller aufgebraucht haben als geplant. Mit anderen Worten: Austerity-Programme sind unter den gegebenen Umständen eine ganz besonders gefährliche und schwierige Angelegenheit.

6.

Die Gesamtsumme der privaten Schulden ist nicht genau ermittelt. Europäische Banken haben $375 Mrd an asiatische Firmen und Banken verliehen (darunter die Deutsche Bank 9 Mrd DM (Islam 1998)); Japanische Banken $275 Mrd und US-Banken $45 Mrd. Südkoreanische Firmen und Banken schulden Gläubigern „in Übersee" zwischen $103 Mrd (Hiday 1998) und $153 Mrd (Lee 1998). Hinzu kommen ungefähr $300 Mrd, die Firmen den inländischen Banken schulden, wovon 20% schon als uneinbringlich gelten, so Ssangyong Investment und Security, eines der führenden Konsultingunternehmen (Lee 1998).

Das Hauptproblem sind die kurzfristigen Kredite, die in Südkorea zuerst auf $70Mrd geschätzt wurden (laut Standard & Poor's)(Roudini 1), später (am 8.12.) von der

Regierung auf $116 Mrd und am Jahresende zu $157 Mrd neu berechnet wurden (Percy 1998), wobei aber niemand genau abschätzen kann, wieviel bis Ende 97 fällig wurden oder im Laufe des ersten Halbjahres 98. Im Januar 98 haben wichtige Banken ein Umschuldungsabkommen mit Seoul getroffen, es deckt aber nur $24 Mrd (Lee 1998) ab. Es könnte also sein, daß die IWF-Hilfe bei weitem nicht ausreicht. Die Ankündigung des erfolgreichen Abschlusses über eine IWF-Intervention am 4. Dezember half deshalb auch nur kurz. Ein Tag später rutschten sowohl Aktien als auch Won weiter ab; ähnlich wie im Fall Thailands zwei Monate zuvor. Die Halla Group, der zwölft-größte Chaebol kündigte an, gerichtlichen Schutz vor Gläubigern zu suchen, also ein Bankrott; die Schulden sind ungefähr 10mal so hoch wie das Eigenkapital. Am 5. Dezember wird Coryo Investment&Securities für bankrott erklärt, der erste Zusammenbruch einer koreanischen Bank seit 30 Jahren. Die Regierung suspendiert das Geschäft von 9 Geschäftsbanken und gibt ihnen bis März 98 Zeit, ihre Finanzstruktur zu verbessern. Gleichzeitig wird angekündigt, daß die Regierung neue Aktien der Seoulbank im Wert von fast einer Milliarde Dollar übernehmen wird (Roubini 1). 1997 haben insgesamt 8 der 30 größten Chaebols Bankrott oder gerichtlichen Schutz vor Gläubigern angemeldet. Die Lage der Banken in Südkorea ist zwar schlecht aber übersichtlich, weil alle Geldtransaktionen durch die Banken vermittelt wurden; jedenfalls soweit es die offizielle Ökonomie betrifft. Die Situation in Indonesien ist dagegen desolat und undurchschaubar. Indonesische Banken und Privatfirmen schulden ausländischen Geldgebern geschätzte $74 Mrd, davon betragen Schulden an Banken $58,7 Mrd, auch dabei sind europäische Banken die Hauptgläubiger (Hiday 1998). Sie verteilen sich auf sehr viele einzelne Schuldner, der Anteil der Banken am gesamten Schuldenberg ist weit geringer als etwa in Südkorea. Auch relativ kleine Firmen haben mit riesigen Summen in Währungen spekuliert. Hinzu kommt, daß es auch sehr viele Banken gibt; oft als Teil eines Finanzverbundes mit Firmen. So sind die Aussichten auf eine „große Lösung" gering: „*Wie bekommt man 228 Schuldner und mehrere hundert Gläubiger an einen Tisch?*" (Hiday 1998).
Malaysia hat ähnliche Probleme wie die Kunden des IWF, mit dem Unterschied, daß die Verschuldung nach außen geringer ist. Die Regierung versucht, die IWF-Maßnahmen ohne den IWF durchzuführen; der Angriff auf den Lebensstandard der Menschen ist in allen Bereichen (von Subventionsabbau bis Massenentlassungen) eher noch umfassender und tiefgreifender.

7.
Zusammenbruch der Währungen, Kürzungen im Staatshaushalt, Liberalisierung der Sozialgesetzgebung und sprunghaft gestiegene Inflationsraten bis hin zur Hyperinflation – in Indonesien 12,76 % im Monat Februar gegenüber dem Vormonat, darunter Speiseöl mit 134%, Reis mit 34% (Roubini 2) – das ist der Teil der Rechnung, der vom Kapital den Proletariern gestellt wird.Besonders das, was importiert werden muß, ist für viele unerschwinglich geworden. Das trifft natürlich

vor allem die Mittelschichten. In vielen Ländern mit bisher recht rigider Gesetzgebung kommt es zum ersten Mal seit Dekaden zu Massenentlassungen (Südkorea, Malaysia), wobei zuallererst die Frauen dran sind. In Südkorea sind fast die Hälfte der Beschäftigten entweder befristet oder teilzeit beschäftigt, davon sind 78% Frauen und davon sind 80% verheiratet (Rhie 1998). In Thailand haben 800 000 ArbeiterInnen ihren Job verloren (Deen 1998), 80% der ungelernten darunter waren Frauen, insgesamt wurden mehr Frauen als Männer entlassen (Straits Times). Die Zahlen darüber, wieviel Menschen in Indonesien ihren Job verloren haben, variieren von 2,5 Millionen bis 6,6 Millionen (bis Ende 97) (FOCUS 1998). Zu alledem kommt noch die Trockenheit durch El Niño, die die Landbevölkerung trifft und die Rückkehr der Leute aufs Land erschwert. Hunger hat sich nicht nur in Irian Jaya, sondern in weiten Teilen Südostasiens breit gemacht.
Nach den Frauen sind die Migranten die nächste Zielscheibe. Sieben Millionen Asiaten arbeiten außerhalb ihres Heimatlandes, 2 Millionen verlassen legal jedes Jahr ihr Land und möglicherweise noch einmal so viele illegal (Jones 1998).Thailand will 700 000 „illegale" MigrantInnen, meist Burmesen, loswerden, teils mit Gewalt und Deportation, teils mit einem kleinem Bonus wie ein bißchen Taschengeld und Ersatz des Fahrgeldes etc. Noch im September 96 hatte Thailand, wegen *„zunehmender Knappheit sowohl an ausgebildeter als auch an ungelernter Arbeitskraft"* die Legalisierung der ausländischen ArbeiterInnen beschlossen(Corben 1996).
Malaysia, wo 10% der ArbeiterInnen Immigranten sind, will sowohl IndonesierInnen ausweisen, als auch Ausländer in die Landwirtschaft schicken, um bessere Jobs für „Einheimische" freizumachen (Skehan 1998). Am 27. März wehren sich die 1300 Insassen eines Abschiebelagers, meist Acehnesen (Nord Sumatra), gegen die Abschiebung. Es gibt einen regelrechten Aufstand, die Bullen schießen zurück und ermorden 8 Indonesier. Ein Bulle kommt ums Leben und 25 werden verletzt (Pereira 1998); indonesische Behörden melden, daß unter 545 Abgeschobenen mindestens 42 Schußwunden haben. Die Jarkarta Post meldet, daß viele schon für Monate in Malaysia gearbeitet hatten und trotz der richtigen Papiere abgeschoben worden waren (Reuters/1).

8.
Der Widerstand gegen die Entwicklung von Seiten der Betroffenen ist bisher weitgehend ausgeblieben - von Indonesien einmal abgesehen. Zu groß war der Schock über die Wucht und die Plötzlichkeit des Angriffs. Sowohl in Südkorea als auch in Thailand hat der IWF das Glück, daß seine Maßnahmen von jeweils neuen, im Wahlkampf von der bürgerlichen Opposition und den Gewerkschaften unterstützten Regierungen durchgesetzt werden müssen. *„Allein schon die Tatsache, daß Chuan* [der neue Präsident von Thailand] *keinen Stall voll Mercedes hat, macht einen großen Unterschied"*, so ein Berater des Gouverneurs von Bangkok (Choonhavan). Schon in seiner Antrittsrede am 25.2. schwor Kim Dae Jung, der neue Präsident von Südkorea seine Leute ein: *„Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit werden steigen dieses*

Jahr. Einkommen werden zurückgehen und eine wachsende Zahl von Unternehmen werden bankrott gehen. Wir alle müssen Schweiß und Tränen vergießen" (Kim Dae Jung) Und, bei anderer Gelegenheit: „*Wenn wir Entlassungen erlauben, werden wir 20% verlieren, aber die anderen 80% sichern. Wenn die 80% wieder stärker werden, werden sie helfen, die 20%, die ihre Jobs verloren haben, wiedereinzustellen*" (nach: Roubini 2). Eine neue Arbeitsgesetzgebung, die noch im Frühjahr 97 nach wochenlangen Streiks zurückgezogen worden war, kommt Mitte Februar in verschärfter Form ohne Widerstand durch. Der KCTU drohte zwar noch einmal mit Generalstreik, nachdem die Jugendorganisation kurzerhand das Präsidium gekippt hatte, zog den Aufruf aber wieder zurück. Am 17. Januar demonstrieren 2500 ArbeiterInnen und StudentInnen gegen das neue Gesetz. Aus Thailand wird von einem militanten Streik von 3000 Metallarbeitern berichtet, gegen Kurzarbeit und die Streichung der Jahresprämie. Ihre Demo wird am 21.1. niedergeknüppelt und 58 Streikende werden verhaftet (Williams 1998). Viel mehr können wir aus diesen beiden Ländern nicht berichten (vielleicht auch deshalb, weil sich das Augenmerk der Presse auf Indonesien gerichtet hat). Oder doch: In beiden Ländern (und Malaysia) werden mit Billigung des IWF neue Sozialmaßnahmen durchgeführt mit dem Ziel, die schlimmsten Auswirkungen abzumildern, sozusagen um eine unterste Abfanglinie zu spannen. Wohl unter dem Eindruck der Ereignisse in Indonesien, aber wohl auch, weil die ProletarierInnen immer mehr zu ihrer letzten Waffe greifen: Sabotage und Kriminalität (siehe z.B. AFP/1 zu Malaysia; Fortune Magazine zu Indonesien). „*Die Sicherheitsindustrie ist derzeit in Indonesien eine der wenigen Wachstumsbranchen*" (Beth 1998). Süd Korea hat seit November 97 seine Polizeikräfte in Seoul auf 22 000 verdoppelt (Torchia 1998).

9.

1998 liegt das Zentrum des Geschehens in Indonesien. Indonesien ist in Bezug auf die Zahl der Einwohner das viertgrößte Land der Welt und hat den weitestgehenden Zusammenbruch seiner Währung erlebt. Aber das ist nicht das Entscheidende. Während das Kapital (und die Geldbürokraten) den Eindruck haben, die Sache in Thailand, Südkorea und anderswo langsam unter Kontrolle zu kriegen (was noch lange nicht ausgemacht ist), scheint die Entwicklung in Indonesien allen Bemühungen zu trotzen. In Indonesien wird am deutlichsten, daß in dieser Krise drei Parteien um das Geld, in Wirklichkeit um die Macht kämpfen: Das internationale Kapital, vertreten durch die Geldbürokraten des IWF und der Weltbank, die proletarische Bevölkerung und dazwischen die herrschenden Cliquen, im Falle Indonesien dargestellt durch die „Familie". Selten kann man so etwas fotografieren, diesmal ist es gelungen. Das Bild, wo am 15.1. Präsident Soeharto mit verkniffenem Gesicht gebückt das Abkommen mit dem IWF unterzeichnet und hinter ihm steht, die Arme verschränkt, mit Siegerlächeln der Chef des IWF, Camdessus. Dummer hätte sich Camdessus kaum verhalten können, in einem Land, in dem die Menschen sehr auf Höflichkeit und Form achten,

wo das Wort „Bahasa" nicht nur „Sprache", sondern auch „Benehmen" bedeutet. Die Redaktion von Kompas, so wird berichtet, habe drei Stunden lang diskutiert, ob sie dieses Bild abdrucken solle, entschied sich dann aber dagegen, um nicht wegen „Beleidigung des Präsidenten" angezeigt zu werden (Shiner 1998). Das Proletariat saß natürlich nur indirekt mit am Tisch, aber es mag sich im Gesicht des verhaßten alten Mannes wiedergefunden haben.

Als Anfang Oktober 97 das erste Abkommen zwischen IWF und Indonesien geschlossen wird, liegt die Rupiah bei 3500 zum Dollar. Soeharto zeigt wenig Eifer, die verlangten Maßnahmen durchzuführen, im Dezember werden 16 Banken geschlossen, wobei die Regierung für einen Teil der Spareinlagen garantiert. Bankpanik bricht dennoch aus, die Leute plündern ihre Sparbücher, Geld wird knapp. Die Zentralbank fängt an zu drucken, Preise steigen, die ersten Preis-Riots finden statt. Die Rupiah fällt über 6700 am 2. Januar auf 9700 am 8.1. wegen den Riots und weil der vorgestellte Haushaltsplan nicht auf die Preiskontrolle der wichtigsten Güter verzichtet – ein klarer Bruch des Abkommens mit dem IWF. 500 ArbeiterInnen einer Keramikfabrik streiken, weil die Firma ihnen einen Teil der Jahresprämie in unverkauften Tassen und Tellern auszahlen will (Economist 1998). Die Rupiah reißt die anderen Währungen mit, die Wall Street erlebt deshalb am 9. den fünftgrößten Tagesverlust ihrer Geschichte. Nach kurzer Erholung der Währung wird am 15.1. das zweite Abkommen mit dem IWF unterzeichnet, woraufhin die Rupiah sofort wieder um 14% nachgibt; am 23. Januar erreicht sie 16 000 gegen den Dollar.Der IWF-Deal ist offenbar schon wieder Makulatur. Es gibt Demos vor der Bank Indonesia, 120 Leute werden verhaftet (Lane 1998).

Seit Mitte Februar werden mehr und mehr die Studenten aktiv. Zunächst finden an einigen Universitäten kleinere Demos gegen die Preissteigerungen statt. Forderungen nach politischen Reformen kommen bald hinzu. Vor allem die Forderung nach dem Rücktritt Soehartos wird oft gestellt. Solange die Demos sich auf das Unigelände beschränken, werden sie toleriert, vom Verteidigungsminister sogar als konstruktive Kritik bezeichnet. Im März finden an mehr als 30 Unis Demos und Kundgebungen statt, sie werden immer größer. In Yogyakarta sind es dann 25 000 Schüler und Studenten(Kompas 1998). Wenn die Demonstranten allerdings versuchen, den Campus zu verlassen, um in der Stadt zu demonstrieren, schlagen die Sicherheitskräfte zu. Über hundert Studenten sind bisher bei den Zusammenstößen verletzt worden, unzählige verhaftet, einige sind verschwunden.

Die Regierung gibt unter der Hand zu verstehen, daß sie die Einführung eines „Currency Boards" diskutiert. Ein solches Projekt würde die Rupiah in beiden Richtungen fest an den Dollar binden, d.h. die Regierung würde nicht nur garantieren, eine bestimmte Menge Rupiah gegen Dollars zu tauschen, sondern auch umgekehrt. Das würde eine Zentralbank überflüssig machen und extrem hohe Zinsen hervorrufen. Sofort saust die Rupiah um 30% nach oben. Dieser Plan wird durchaus von vielen bekannten bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern unterstützt. Kritiker sehen darin aber vor allem einen Plan, das Vermögen der Familie zu retten. Angesichts der wenigen

noch verbliebenen Dollarreserven könnte solch ein Currency Board nicht lange halten, aber vielleicht für die Familie lange genug, um ihr Rupiah-Vermögen umzutauschen. Auch der IWF ist dagegen. Unter anderen fliegt Theo Waigel nach Indonesien, um Soeharto den Plan auszureden. Um den 23.2. nehmen die Preis-Riots an Heftigkeit zu, fünf Menschen kommen ums Leben. Die Grundnahrungsmittel werden jetzt unter militärischer Verwaltung und Schutz zu niedrigen Preisen verteilt. Am 10.3. wird Soeharto von dem, was sich Nationalversammlung nennt, im Amt bestätigt; gleichzeitig anerkennt auch der IWF die Notwendigkeit, die Preise der Grundprodukte zu stützen. „*Wir müssen das monetäre und fiskalische Programm neu verhandeln, weil sich die indonesische Wirtschaft verändert hat (...) Wir denken an die möglicherweise tragischen Konsequenzen der Ereignisse, die grade in Indonesien stattfinden*", so Stanley Fischer (CNN/1). Am 15.2. stellt Soeharto sein Kabinett vor; es besteht noch mehr als je zuvor aus der Familie und den allerengsten Freunden. Am 26. 3. kündigt die Weltbank ein $1,5 Mrd. schweres humanitäres Hilfsprogramm außerhalb des IWF-Pakets an, hauptsächlich zum Kauf von Reis und medizinischen Artikeln. (Dieser Abschnitt, soweit nicht anders vermerkt nach: Roubini 2)
Inzwischen sollen nach Angaben des regierungsfreundlichen Gewerkschaftsdachverbandes SPSI die Löhne in verschiedenen Branchen angehoben worden sein: Landwirtschaft +16%, Textil +16 bis 20%, Elektronik +40% (SPSI). Hunderte von Krankenhauspatienten sollen geflohen sein, bevor sie vollends wiederhergestellt waren, weil sie die Rechnung nicht bezahlen können (Reuters).
Nach drei Wochen Verhandlung haben Indonesien und der IWF am 7. April ihr drittes Abkommen geschlossen.Es beinhaltet die Auflösung der Monopole (das trifft die Familie und engste Freunde, die unter anderem Monopole in Nudeln und Gewürznelken halten) und das Verbot, private Schulden durch den Staat zu übernehmen. Auch das soll wohl verhindern, daß sich die Familie direkt aus den IWF- Milliarden bedient – sie wird andere Wege finden müssen. Die Regierung hat schon angekündigt, daß sie eine wesentliche Rolle in der Restrukturierung der Privatschuldenlast spielen wird. Die wesentliche Änderung gegenüber dem Abkommen vom Januar betrifft die Stützung der Preise von Basisprodukten des täglichen Lebens: sie wurden allesamt prinzipiell oder bis auf weiteres zugelassen.

10.

Drei Prozent der Indonesier sind chinesischer Abstammung (ab hier: Chinesen). Einige der reichsten Indonesier sind Chinesen; 60 – 70% des Reichtums soll sich in chinesischstämmigen Besitz befinden. Die meisten Chinesen sind jedoch nicht reich, sondern gehören zur städtischen Mittelschicht. Chinesen haben nur beschränkten Zugang zu den staatlichen Universitäten und zum Staatsdienst, chinesiche Schriftzeichen sind verboten, die chinesische Herkunft ist in den Papieren vermerkt.
Seit der Unabhängigkeit 1945 werden praktisch alle sozialen und politischen Unruhen von anti-chinesischer Gewalt begleitet. Die Ressentiments wechseln: zuerst wurden

die Chinesen als pro-holländisch und anti-indonesisch dargestellt; beim Staatsstreich 1965 als Fünfte Kolonne Pekings. Viele Chinesen konvertieren nach den Massakern zum Christentum, um nicht mehr als atheistische Kommunisten verdächtigt zu werden. In den letzten zwei Jahren mehren sich die Fälle, in denen sich anti-chinesische und anti-christliche Ausschreitungen verquicken.
Im Wahlkampf 97 endeten gewalttätige Zusammenstöße zwischen der regierenden GOLKAR und der moslemischen Partei PPP in vielen Fällen in anti-chinesischen Ausschreitungen.
Der Handel wird vielerorts von der chinesischstämmigen Minderheit dominiert. Es gibt, vor allem in West Sumatra und Java, wirtschaftliche Rivalitäten mit den indonesischen Händlercommunities, von denen viele besonders gläubige Moslems sind. Der scharfe Preisanstieg der Grundnahrungsmittel seit Beginn des Jahres führt zu Food-Riots, die sich in einigen dutzend Städten als anti-chinesische Gewaltausbrüche manifestieren, zunächst auf Java, dann auf anderen Inseln.
Es gibt keinen Beweis, daß die Regierung die Unruhen direkt initiiert hat, aber einige Regierungsmitglieder und Militärs haben zu einem anti-chinesischen Klima beigetragen. Die Spekulationsgeschäfte „bestimmter Geschäftsleute" werden für die Krise verantwortlich gemacht. Ein General bezeichnet die Chinesen als „Ratten", die lieber ihr Geld ins Ausland bringen würden, statt sich an der von einer Soehartotochter initierten Kampagne „Ich liebe die Rupiah" zu beteiligen... Außerdem werden die chinesischen Geschäftsleute beschuldigt, Waren zu horten, um auf die steigenden Preise zu spekulieren. Ein prominenter reicher Chinese, ein alter Weggefährte Soehartos, wird wahrscheinlich völlig grundlos beschuldigt, hinter einem Bombenattentat in Jakarta zu stecken, das von der kleinen linken Partei PRD verübt worden sein soll. Es gibt Hinweise darauf, daß zumindest ein Teil der anti-chinesischen Ausschreitungen in diesem Jahr organisiert waren, aber es ist unklar, von wem.
Die ethnischen Aspekte vieler Food-Riots lassen sich nicht leugnen, sonst würden sich nicht soviele moslemische Geschäftsinhaber mit dem Schild „Moslem" zu schützen versuchen. Es gibt aber auch Fälle, in denen alle Geschäfte angegriffen worden sind. Auffällig ist außerdem, daß es in Jakarta ruhig geblieben ist – dort finden die politischen Demos statt. (Dieser Abschnitt nach: HRW 1998)

11.
Öl ist nach wie vor der wichtigste Devisenbringer Indonesiens. Es mag Zufall gewesen sein, daß zur gleichen Zeit, als zwei amerikanische Flugzeugträger den Irak bedrohen, drei Kriegsschiffe der US-Navy mit ungefähr 2500 Mann Besatzung vor Bali liegen, um, wie es heißt, den Matrosen Landerholung zu gönnen (Tapol 1998). Kein Zufall war es aber, daß auf dem Höhepunkt der Krise Indonesien nicht nur von Wirtschaftsexperten heimgesucht wird. US-Verteidigungsminister William Cohen beginnt am 12.1. eine Tour durch die Region. Auf einem Treffen in Jakarta sagt er: *„Ich bin nicht hier als irgendein weiterer Finanzexperte. Ich bin hier, um über*

Sicherheitsfragen zu reden." (Williams 1998). US- Admiral Joseph Prueher, Chef des Pazifik-Kommandos warnt während einer Südostasien-Tour vor einer „*Zeit der Turbulenzen*" in Indonesien, geschuldet den Bankrotten, der Nahrungsmittelknappheit und den Studentenunruhen(Wall Street Journal 1998). Es gibt intensive Beziehungen zwischen den US-Streitkräften und der ABRI, dem indonesischen Militär. 1992 war nach dem Massaker in Dili/Osttimor das gemeinsame Manöverprogramm offiziell beendet worden; 1995 startet aber die Clinton-Regierung ein neues Programm. „*Diese gemeinsamen Manöver verbessern die militärische Bereitschaft Amerikas und verbessern das US-Engagement mit einem wichtigen Land*", so der Sprecher des State Department, Jamie Rubin. Die Ausbildung und das gemeinsame Training waren indes nie unterbrochen. Wie aus einem kürzlich vom Magazin The Nation veröffentlichten Papier hervorgeht, war dieses Trainingsprogramm ziemlich umfangreich (35 Übungen in Indosien mit voll ausgerüsteten amerikanischen Soldaten) und umfaßte wichtige Bürgerkriegstaktiken wie „*Nahkampf, Scharfschußtechniken, Zerstörungen, Grantwerfertraining, psychologische Kriegsführung und militärische Operation in urbanem Gebiet*". An 26 dieser Übungen nahm auch die innere Elitetruppe der ABRI, die KOPASSUS, teil – die brutalste und rücksichtsloseste Truppe in Indonesien (Lobe 1998, Gedda 1998).
Die ABRI sind ein Staat im Staat; ihre politische Funktion ist auch in der Verfassung aufgeschrieben. Noch gibt sie sich loyal gegenüber Soeharto, aber alle Beobachter gehen davon aus, daß es tiefe Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Befehlshierarchie gibt.Was fehlt, ist eine Figur, die für alle Fraktionen tragbar den alten Mann ersetzen könnte. Soeharto hat im Januar vorsichtshalber die wichtigsten Posten mit Cronies neu besetzt; ein Schwiegersohn ist jetzt oberster Befehlshaber. Vor der Wiederwahl Soehartos verdoppelt das Militär seine Truppen in Jakarta auf 40000 Mann. Es scheint, als ob die Sicherheitskräfte im Moment daran gehen, Linke und Menschenrechtsaktivisten abzugreifen. Mehr als 21 Personen sind verschwunden.

12.

Der IWF ist für seine Politik in Asien arg gescholten worden. Denn seine Maßnahmen bestehen erstens darin, daß er auf Kosten der Steuerzahler in den Metropolen, der Steuerzahler in Südostasien und der Bevölkerung dort die Kredite der Großbanken von Europa, Japan und den USA sichert. Diese Art von Kritik ist weithin geäußert worden, von Linken, die uns die Ungerechtigkeit des Systems beweisen wollen genauso wie, mit anderer Absicht, von vielen bürgerlichen Ideologen bis hin zum Wall Street Journal: „*Die Gefahr, die die IWF-Hilfspakete beinhalten, geht weit über das Problem hinaus, daß schlechte IWF-Bedingungen wie höhere Steuern die Wirtschaften der Klienten behindern. Schlimmer, die Hilfsprogramme helfen eben weder den Nationen, die in Schwierigkeiten sind, noch deren ärmsten Bürgern, sondern tendieren hauptsächlich dazu, die Verluste der großen Investoren zu vermindern, die auf das falsche Pferd gesetzt haben. Und der Umfang, in dem solche Hilfe nötig scheint, hat sich schnell erweitert.*" (Wall Street Journal/2).

Zweitens hat der IWF sozusagen dem internationalen Kapital die Türe weiter geöffnet, um in die Ökonomien dieser Länder einzudringen. Dies wird wohl von der Wall Street nicht kritisiert werden, wohl aber wiederum von wohlmeinenden Dritte-Welt-Menschen und von Nationalisten aller Art in Südostasien. Richtig ist natürlich, daß jetzt die Multis funktionierende Firmen zum Diskountpreis finden. Die BASF ist deshalb in Südkorea schon scharf angegriffen worden, in einer Karikatur geht sie stahlbehelmt mit Köcher auf Firmenfang.

Die BASF sammelt

Und drittens ist auch offensichtlich geworden, daß die IWF-Intervention selbst die Krise auf der Ebene des Geldes verschäft hat; auf genau seine Intervention hin ist in großem Umfang spekuliert worden. Und damit zusammenhängend, viertens, hat er so natürlich die zukünftige Spekulation dieser Art eher ermuntert als vermindert und zwar deshalb, weil sich nix geändert hat und keins der spezifischen Probleme Südostasien gelöst ist: weder sind die kurzfristigen Schulden im Griff, noch das Bankensystem wirklich reformiert, noch der Cronyismus auch nur ansatzweise beschädigt, noch die Rechnungslegung wesentlich verbessert usw. Und die nächsten Krisen warten schon: die chinesische Währung z.B. steht unter enormem Abwertungsdruck, und das ist dann nochmal eine ganz andere Größenordnung. Diesmal hat die VR China aus politischen Gründen den Renminbi Yuan noch gehalten. Aber jetzt kommt zu den vielen internen Schwierigkeiten (siehe Reeve 1998) hinzu, daß die Konkurrenz auf dem Markt der billigsten Arbeitskräfte schärfer geworden ist; Indonesien könnte jetzt wieder deutlich billiger geworden sein als China.

13.

Den Kapitalismus wegen seiner „Ungerechtigkeiten" zu kritisieren, hilft nicht weiter und ist auch sehr heuchlerisch, wenn man eine „Gerechtigkeit" auf der Ebene des Geldes einfordert. Genau die nämlich wird jetzt wieder hergestellt: Schulden müssen bezahlt werden, alles andere ist Betrug. Nach den Maßstäben des Kapitalismus haben sowohl die herrschenden Cliquen als auch die ProletarierInnen in Südostasien über ihre Verhältnisse gelebt. Nach den Maßstäben des Kapitals: d.h. sie haben mehr konsumiert (zum Teil produktiv, zum Teil unproduktiv) als ihnen nach dem Wert der Produkte der von ihnen kommandierten oder geleisteten Arbeit zugestanden hätte. Das muß deshalb so deutlich gesagt werden, weil es immer noch Leute gibt, die von „Ausbeutung der Dritten Welt durch die Metropolen" reden. Auf der Ebene des Wertes gibt es die nicht, jedenfalls nicht in Bezug auf Südostasien. Das zu sagen ist keine Rechtfertigung der Zustände, sondern eine Kritik am Kapitalismus, die kapitalistische Lösungen jedweder Art für unmöglich hält (siehe dazu: Karl 1996).

Der Kampf der südostasiatischen ProletarierInnen hat den Hunger zurückgedrängt und das Kapital zu den Wachstumsraten gezwungen – und in die Schulden. Kredite sind Anweisungen auf zukünftige Arbeit und es war nicht mehr sicher, daß diese Arbeit tatsächlich ohne weiteres unter den gegebenen Bedingungen den asiatischen ProletarierInnen aufzuzwingen war. Das ist der Kern dieser Krise. Sie ist eine ziemlich direkte Antwort des spekulativen Kapitals auf den Klassenkampf. Die Propaganda der neuen sozial-demokratischen Regierungen in Thailand und Südkorea besteht denn auch darin, zu sagen: Nun gut, wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, aber wir schaffen es, wenn wir die Ärmel hochkrempeln.

Ob das auf Dauer funktioniert? In Indonesien jedenfalls nicht; ein solches „WIR", ausgesprochen etwa von Soeharto, würde kaum mehr als ein Schulterzucken hervorrufen (Wen meint er denn...?). Die Fronten sind dort ziemlich klar, die Perspektiven aller beteiligten Kräfte allerdings noch nebelhaft. Es bleibt spannend. Oder wie es der Chef der Weltbank ausgedrückt hat: „*Du kannst die Beziehungen zwischen einigen der Finanziers in Ordnung bringen. Aber wenn wir nicht weitergehen und an die Implikationen denken, die das auf den sozialen Sektor hat, haben wir nichts – vielleicht außer Revolution und sozialen Unruhen. Und wenn wir bei Indonesien an den Horror der Ereignisse vor 30 Jahren denken, wo wir ethnische Gewaltausbrüche gegen die einheimischen Chinesen hatten, dann hoffen und beten wir, daß so etwas nicht noch einmal geschieht. Und wir hoffen und beten, daß sich solche Ausbrüche nicht in anderen Teilen Asiens fortsetzen*" (Wolfensohn 1998).

Karl Eugen, Ludwigshafen, 10. April 1998

Quellen:

AFP/1: (NN), Mass foreigner firings 'may escalate crime', AFP 5.1.98

Aslam 1998: nach: Abid Aslam, IMF plays to the Gallery for More Money, InterPressService, 23.1.98

Beth 1998: John McBeth, Twilight Zone, FEER 16.4.98

Brown 1998: Mark Malloch Brown, Vizepräsident der Abteilung für äußere Angelegenheiten der Weltbank, nach: Jakarta Post 11.3.98

Castle 1998: James Castle, Chef einer Informations- und Konsultingfirma in Jakarta, nach: Keith B. Richburg, Asia Looks for Cash For its Ailing Banks, Washington Post Foreign Service, 30.3.98

Choonhavan: Nach: Michael Vatikiotis et al, On Course, FEER 26.2.98

CNN/1: (NN), IMF eases up on Indonesia, CNNfn 10.3.98

Corben 1996: Ron Corben, Jobs Are Aplenty, But Where Are the Workers?, InterPress Service, 30.12.96

Deen 1998: Talif Deen, Asia's Cash Crisis a Setback for Poverty, InterPress Service, 19.2.98

Economist 1998: (NN), And now the political fall-out, The Economist, 17-23.1.98

FEER, 12-4: Henny Sender, Money Isn't Everything, Far Eastern Economic Review (FEER), 12.4.98

Fischer 1998: Stanley Fischer, The IMF and the Asian Crisis, 20.3.1998, Los Angeles, USA
FOCUS-ON-TRADE #23, März 1998, Special Issue on the IWF, Part 3; Hrsg: Focus on the Global South, Bangkok
Fortune Magazine: (NN), Indonesia: Life Under the Volcano, Fortune Magazine 13.4.98
Gedda 1998: George Gedda, US Defends Indonesia Troop Training, AP, 17.3.98
Gück 1998: Martin Gück, Tiger in Not: Krisen und kein Ende?, epd-Dritte Welt Information, 1/2/98, Jan.98
Hiday 1998: Jeffrey L. Hiday, European Bankers See No Quick End To Indonesian Debt Crisis, Wall Street Journal, 18.12.1998
Horn 1996, Robert Horn, Will Labor Unrest Push Thailand onto the Slow Track?, Business Week, 22.7. 1996
HRW 1998: Human Rights Watch, Februar 1998
Islam 1998: Shada Islam, No Pain, No Gain, FEER 12.2.98
Jones 1998: Sidney Jones, Social costs of Asian crisis, The Financial Times, 26.1.98
Karl 1996: Karl, Hinter dem Horizont?, Wildcat- Zirkular 32, Dez.96
Khor 1998: Martin Khor, Probing Asia's Financial Crisis, Third World Network Features, Penang, Malaysia
Kim Dae Jung: Nach: Richard Lloyd Parry, South Korea ditches 'Asian values' mantra, The Independent, 26.2.98
Kompas 1998: (NN), UGM Head: ReactionOf Security Apparatus Excessive, Kompas online, 3.4.98
Kristof 1998: Nicolas D. Kristof, Crisis Pushing Asian Capitalism Closer to US-Style Free Market, New York Times, 17.1.98
Lane 1998: Max Lane, Indonesia: Behind the 'anti-Chinese' riots, Greenleft Review, 22.2.98
Lee 1998: Charles S. Lee, Slow Going, FEER 21.2.98
Lobe 1998: Jim Lobe, Lawmakers Protest Indonesian Army Training, 18.3.98 (East Timor International Support Center, Australien)
Percy 1998: John Percy, Asian Crisis: why capitalism is crumbling, Greenleft Review 304, 4.2.98
Pereira 1998: Brendan Pereira, KL police defend use of force in riots, The Straits Times, 28.3.98
Pinzler 1997: Petra Pinzler, Retter ohne Gnade, Die Zeit, 12.12.97
Reeve 1998: Charles Reeve, Der Papiertiger und die Plastikdrachen, Die Zerrüttung der Finanzen in Asien und die wirtschaftliche und soziale Krise in China, in diesem Heft
Reuters: (NN), Jakarta hospital patients flee before bills arrive, Reuters, 1.4.98
Reuters/1: (NN) Indonesian migrants treated for gunshot wounds, Reuters 31.3.98
Rhie 1998: Maria Rhie Chol Soon, Globalization Economy and the Impact of the Economic Crisis on Asian Women Workers, ALARM (APEC Labour Rights Monitor) Update 22, März 98
Roubini 1: Nach Nouriel Roubini, Chronology of the Asian Currency Crisis and its Global Contagion 1997. Zu finden unter:
http://www.stern.nyu.edu/~nroubini/asia/AsiaHomepage.html
Roubini 2: Nach Nouriel Roubini, Chronology of the Asian Currency Crisis and its Global Contagion 1998.

Sender, Granitsas: Henny Sender, Alkman Granitsas, Broken Wings, FEER, 22.1.98
Shiner 1998: Cindy Shiner, Indonesian Reform A Tough Case for IMF, The Washington Post (Special), 15.3.98
Skehan 1998: Craig Skehan, Malaysia targets alien workers, Sydney Morning Herald, 17.1.98
SPSI: Nach (NN), Labour Leaders reject govt decision on minimum wages, Jakarta Post, 2.4.98
Straits Times: (NN) Most Thais laid off are women, The Straits Times, 23.2.98
Tapol 1998: nach Jawa Pos, 23.2.98
Torchia 1998: Christopher Torcia, Indonesia Crisis Brings Crimes, AP 12.2.98
Wall Street Journal 1998: (NN), Indonesia Revokes Currency Tax After Bankers Criticize Plan, Wall Street Journal, 23.3.98
Wall Street Journal/2: (NN), What's an IMF For?, Wall Street Journal Europe, 9.4.98
Welt in Umwälzung 1996: (Kollektiv Mannheim/Ludwigshafen), Asien in Umwälzung, Wildcat-Zirkular 30/31, Nov. 96 oder: http://www.rhein-neckar.de/~wildcat/umwaelzung.html
Welt in Umwälzung/2: (Kollektiv), Nike auf der Flucht, Wildcat-Zirkular 30/31, Nov.96, oder: http://www.rhein-neckar.de/~wildcat/nike.html
Williams 1998: Maurice Williams, in: The Militant 62/4, 2.2.98
Wolfensohn 1998: James D. Wolfensohn, Präsident der Weltbank, Address to the Overseas Development Council Conference on Asia's Coming Explosion, 19.3.98, Washington
Wong 1998: Jesse Wong, Bangkok Bank Familiy Faces Dilemma of New Capitalism, Wall Street Journal, 18.2.98

Indonesische Arbeiter: Schlechte Nachricht mit einem Silberstreif

Um genau drei Uhr nachmittags öffnet sich das schwere blaue Tor des Gunawan-Stahlwerks und hunderte von jungen Männern strömen hinein. um sich eine befürchtete Ankündigung anzuhören. Würde die Fabrik am Montag wiedereröffnet werden? Und wenn ja, würden alle ihre Jobs behalten?
Als sie ihre Motorräder abstellen, bietet sich ihnen ein erschreckender Anblick: Dutzende von Polizisten, Soldaten und Sicherheitskräfte in Zivil, die sie genau im Auge behalten, zusammen mit dem örtlichen Armeekommandanten und dem Chef der Polizei.
Die Bekanntmachung war, nach den Worten eines Arbeiters:„Gut, und schlecht zugleich".
Das Gunawan Stahlwerk wird wieder eröffnet, entgegen einem Plan, der die entgültige Schließung vorgesehen hatte. Aber 90 der 650 Arbeiter werden ihren Job verlieren. Die Männer im Fabrikhof nehmen die Ankündigung still entgegen. Als es vorbei ist, steigen sie auf ihre Motorräder und fahren weg. Dies war ein Moment der Wahrheit für die Arbeiter und die Sicherheitskräfte, die im ganzen Land angetreten sind. In der sich verschärfenden Rezession verlieren Millionen von Indonesier ihren Arbeitsplatz – und dieser Moment wird sich hunderte Male in den kommenden Tagen wiederholen.
(...)
Die Ankündigung war eine machtvolle Vorstellung der Fabrikbesitzer und der örtlichen Sicherheitskräfte. Fünf Männer wechselten sich am Mikrofon ab. Ein Vertreter der Firma, ein Führer der offiziellen regierungshörigen Gewerkschaft, ein Beamter des Arbeitsministeriums und die Chefs von Polizei und Armee.
Bambang von der Geschäftsleitung nahm die Gelegenheit wahr, um für einige der Probleme der Firma Agitatoren verantwortlich zu machen, die vor kurzem einen Bummelstreik angeführt hatten, um eine größere Jahresprämie durchzusetzen. „Das Management hat versucht, unser Schiff vor dem Untergang zu retten, aber leider haben die Anstrengungen des Unternehmens nicht die Unterstützung von allen von Ihnen erhalten." Der Armeekommandant formulierte es anders: „Diejenigen, die ihren Job verlieren, sollten nicht diejenigen, die ihren Arbeitsplatz behalten auffordern, sich einem Boykott anzuschließen:"Ich warne Euch, wenn Ihr Eure Arbeit nicht ordentlich macht, leidet die Firma."
Und für den Fall, daß die Arbeiter immer noch nicht verstanden hätten, wiederholt der Polizeichef: „Wir von der Polizei werden geeignete Maßnahmen gegen Alle ergreifen, die solche Aktionen unternehmen. Wir rufen Euch auf, die Provokation zu beenden und aufzuhören, andere von der Arbeit abzuhalten. Wenn die Firma morgen öffnet, werden wir wieder da sein."

Seth Mydans, The New York Times, 6.2.98, (gekürzt)

Charles Reeve:

Der Papiertiger und die Plastikdrachen

Die Zerrüttung der Finanzen in Asien und die wirtschaftliche und soziale Krise in China[1]

Im September 1997, zwei Monate vor dem Bankenkrach in Ostasien, wurde der XV. Parteitag der KP Chinas abgehalten. Bei dieser Gelegenheit haben sich die verschiedenen Fraktionen der Bürokratie in Bezug auf die Reform der Staatsindustrie auf einen notdürftigen Kompromiß geeinigt. Einmal mehr berücksichtigt dieser Kompromiß sowohl das Kräfteverhältnis im Innern der Bürokratie als auch die Gefahren eines gesellschaftlichen Aufstands.

Seit Mitte der 80er Jahre läßt die notwendige Reform der Staatsindustrie den chinesischen Bürokraten keine Ruhe. Einige Zahlen mögen helfen, die Bedeutung des Problems zu skizzieren. Dieser Sektor umfaßt etwa 120 000 Großunternehmen mit mehr als 100 Millionen ArbeiterInnen, 7 000 Unternehmen werden direkt von der Zentralregierung geleitet; das sind im wesentlichen die Unternehmen des militärindustriellen Komplexes. Der Sektor ist heute zu mehr als 70% defizitär, wobei die Verluste regelmäßig jedes Jahr um 10% steigen. Bis vor kurzem saugten die Staatsbanken das Defizit auf, aber 20 bis 30% der Bankdarlehen bleiben unbezahlt. Seit einigen Jahren verweigert der Staat diese Art der Finanzierung, die Quelle der Inflation war: Während der Sektor im Jahr 1980 noch 80% der industriellen Aktivitäten umfaßte, sind es im Jahr 1997 nur noch 30%. Diese nach altem sowjetischen Modell organisierten Großunternehmen bieten noch immer den »sozialen« Teil des Lohns: Wohnung, Sozialversicherung, Rente.[2] Es ist also leicht zu verstehen, daß der Abbau dieses Sektors die soziale Frage direkt beeinflußt. Auf längere Sicht beinhaltet er das Ende der alten gesellschaftlichen Stellung der »eisernen Schale Reis« oder des lebenslangen Arbeitsplatzes. Diese Stellung wird heute zuallererst davon bedroht, daß der Staat von seinen finanziellen Verpflichtungen zurücktritt: Die Löhne werden nicht mehr bezahlt, die Renten gekürzt oder gestrichen.

---

[1] Charles Reeve und Hsi Hsuan-wou haben kürzlich veröffentlicht: "Bureaucratie, bagnes et business", L'Insomniaque, Paris 1997. In den frühen 70ern, als viele Linke überzeugte Maoisten waren (vor allem in Frankreich), veröffentlichte Charles Reeve eine berühmt gewordene Kritik am Maoismus. In deutscher Sprache: Charles Reeve, Der Papiertiger - Über die Entwicklung des Kapitalismus in China, Verlag Assoziation, 1975

[2] Ungefähr 30 Prozent der Krankenhäuser und Schulen sind immer noch in der Regie der Staatsbetriebe. S. Roland Lew, "Chinas vorsichtige Privatisierungspolitik", Le Monde Diplomatique, November 1997

Die sozialen Konsequenzen dieser »Reform« kommen zur Unsicherheit der neuen gesellschaftlichen Stellung der ArbeiterInnen (den sogenannten »porzellanen Reisschüsseln«) dazu, genauso wie zu den massiven Wanderungsbewegungen der »umherschweifenden ProletarierInnen«, den sozialen Ungleichheiten und der ungezügelten Ausbeutung in den ausländischem Unternehmen der Sonderwirtschaftszonen.
In einer ersten Phase hatte die chinesische Bürokratie geglaubt, im staatlichen Sektor westliche Rentabilitätskriterien einführen und den Lohn an die Produktivität koppeln zu können. Eigentümlicherweise läßt es die Ausbeutung der Arbeit unter dem staatskapitalistischen System nicht zu, von der extensiven zur intensiven Ausbeutung überzugehen. Da ein qualitativer Sprung im Prozeß der Verwertung unmöglich war, sah sich die herrschende Klasse gezwungen, nach anderen Lösungen zu suchen. Sie hat das Problem zunächst umgangen, indem sie die Sonderwirtschaftszonen geschaffen hat, wo die Arbeitskraft zum ersten Mal strikt als Ware behandelt wird. Sie ist im folgenden beim Versuch gescheitert, die politische Kontrolle der Gesellschaft nach dem Verschwinden der alten maoistischen Zwänge (»Bewegungen«, Massenorganisationen, Aufmärsche, Versammlungen, Kritik, Selbstkritik usw.) zu modernisieren, ein Verschwinden, das durch den Abbau der kollektivierten Landwirtschaft ausgelöst wurde.
Heute behauptet die Bürokratie, endlich direkt zum Schleifen der staatlichen Industrie in der Lage zu sein. Tatsächlich ist dieser Prozeß aber bereits seit einigen Jahren im Gang. Mit all der Vorsicht, die eine gesellschaftlich instabile Situation verlangt, hatten sich die lokalen Autoritäten an Fusionen, Ausgliederungen und Konkurse herangewagt. Die unabhängig gewordenen Staatsunternehmen mußten sich der Marktkonkurrenz stellen. Mit einem Wort: die herrschende Klasse machte nicht mehr, als den juristischen Rahmen an die neue Situation anzupassen, indem sie zum Beispiel ein Konkursgesetz verabschiedete. Diese Veränderungen finden allerdings statt, ohne daß das staatliche Eigentum wirklich angetastet würde. Insbesondere weist die Bürokratie immer die Idee einer Privatisierung der großindustriellen Staatsunternehmen zurück und zieht es vor, das Schwergewicht auf die Verwandlung dieser Unternehmen in Aktiengesellschaften und die Gründung von Verwaltungsgesellschaften im öffentlichen Besitz [von Staatsangestellten] zu legen. Denn dadurch können sich verschiedene Fraktionen der Bürokratie das Kapital untereinander aufteilen. Auch ArbeiterInnen sehen sich gezwungen, Aktien der Unternehmen zu kaufen – die einzige Möglichkeit für sie, ihren Status als ArbeiterInnen des Staates aufrechtzuerhalten! In Wirklichkeit handelt es sich hierbei um eine staatliche Entnahme aus dem mageren Arbeitereinkommen und um Zwangssparen.[3] Trotz dieser »patriotischen Anstrengungen« soll die Reform der staatlichen Industrie allein

[3] Im Jahr 1994 wurden bereits 20 Prozent des Defizits der Staatsunternehmen durch den Rückgriff auf Spareinlagen der Bevölkerung finanziert. S. "Perspectives Chinoises", No. 43, Hongkong, September/Oktober 1997.

im Jahr 1997 zwei Millionen ArbeiterInnen arbeitslos gemacht haben und weitere zehn Millionen sollen ihren Arbeitsplatz in den nächsten drei Jahren verlieren. Die alten garantierten Arbeiter entdecken so die Schrecken der Unsicherheit. Außer der Arbeitslosigkeit gibt es eine Vielzahl von Zwischensituationen, das geht von der weiteren formalen Zugehörigkeit zu einem staatlichen Betrieb, aber ohne Lohnzahlung (man behält aber die sozialen Leistungen) bis zur Umwandlung zu angegliederten Unternehmen, die von Staatsfirmen gegründet werden, sich aber auf dem Markt behaupten müssen. Von A bis Z sind es die Bürokraten, die das Spiel leiten, mit all den Mißbräuchen, die man sich vorstellen kann - Zunahme der Korruption, ungezügelte Bereicherung.

Die herrschende Klasse ist auch nicht gegen Unsicherheiten gefeit: Sie fürchtet das Chaos, weil es eine gesellschaftliche Explosion hervorrufen könnte. Im Verlauf der Debatten des XVten Kongresses, hat Zhu Rongji, der dritte Mann im Staat, in nicht gerade althergebrachter Offenheit erklärt: »Ich fürchte, daß eine hitzige Reform der Staatsunternehmen gesellschaftliche Zusammenbrüche hervorruft, die wir uns kaum vorstellen können.« Tatsächlich brechen seit mehreren Monaten Arbeiterrevolten in mehreren Regionen und Städten gegen die Folgen der Reform aus. Die DemonstrantInnen benutzen oft die Gebäude der Staatspartei als Zielscheibe ihrer Wut, weil sie diese für ihre Situation verantwortlich machen. Im Moment bleiben diese Revolten örtlich begrenzt. Deshalb kann die Zentralmacht je nach Situation mit Zuckerbrot oder Peitsche reagieren: die Banken veranlassen, die notwendigen Summen zur Bezahlung von ausstehenden Löhnen oder Renten freizugeben, oder die bewaffnete Polizei schicken.

Das Durcheinander der Revolten ist so groß, daß sie sogar ihre Sehnsucht nach dem alten »sozialistischen Wohlstand« ausdrücken - eine Situation, die an die Ex-UdSSR erinnert. Darüberhinaus findet solches Bedauern leicht ein Echo in der konservativen Fraktion der Bürokratie, die nicht vom Abbau der Industrie und den Vorteilen des Marktes zu profitieren wußte. Es handelt sich also um Revolten, die wenig Hoffnung auf Emanzipation in sich tragen und keine direkte Verbindung zu den Streiks in den Sonderwirtschaftszonen haben, die sich gegen grausamere Ausbeutung und Unternehmerwillkür richten. Das erklärt auch den Unterschied im Verhalten der alten Massenorganisationen (Gewerkschaften, Frauen-, Jugend- und Rentnerorganisationen): In den Sonderwirtschaftszonen spielen sie die Rolle von Lieferanten und Verwaltern der Arbeitskraft, zusätzlich zu ihrer traditionellen Rolle als Hilfskräfte der Polizei (Spitzel, Streikbrecher usw.); in den Regionen, in denen die Staatsindustrie abgebaut wird, verwandeln sie sich in soziale Hilfseinrichtungen, wo Arbeitslose eine Arbeit finden können, also in Wohltätigkeitsorganismen, welche »die Wärme zu den Armen tragen«.[4]

---

[4] Das ist z.B. in Shenyang, dem alten Industriezentrum der Mandschurei der Fall, wo 40-50 Prozent der Bevölkerung arbeitslos sind.

Hinter der Fassade der Reform zeichnet sich somit die Verwandlung der Bürokratie und ihrer ökonomischen Funktion ab. In den Regionen, wo die Reform am weitesten fortgeschritten ist, werden massenhaft Unternehmen gegründet, die an Staatsunternehmen angeschlossen sind, aber in der Privatsphäre der Wirtschaft tätig sind. Der größte Teil dieser Unternehmen widmet sich dem Handel. Sie sind seit 1985 in Erscheinung getreten, haben sich aber vor allem nach 1992 entwickelt, das heißt nach der Niederschlagung der Tien-an-men-Revolte und der darauf folgenden Repression. Oft beschränken sie sich darauf, den Unterschied zwischen den vom Plan festgelegten Preisen und den Marktpreisen für Güter auszunutzen, die in Staatsunternehmen produziert worden sind. In den meisten Fällen holen diese Firmen aus den Staatsunternehmen die modernsten materiellen oder menschlichen Ressourcen heraus. Auf diese Weise transferieren die Bürokratiemitglieder, die diesen Prozeß kontrollieren, die lebensfähigen Produktionstätigkeiten aus dem »Staatseigentum« in die marktwirtschaftlichen Unternehmen. Im allgemeinen wird erst nach dieser Operation der Bankrott erklärt.
Auch wenn die juristische Eigentumsform staatlich bleibt, findet insgesamt eine Privataneignung von Kapital und Profiten der früheren Staatsbetriebe statt. Diese Aneignung fließt nur selten in eine neue produktive Investition, eine Wiederaufnahme der Produktion auf gesunderen kapitalistischen Grundlagen zurück. Die Bürokraten, die sich diesen Reichtum aneignen, investieren ihn in spekulative Sektoren, entweder innerhalb des Landes (Immobilien, Sex- oder Drogenmarkt) oder außerhalb (asiatische Börsen oder direkt auf dem internationalen Finanzmarkt). Ein kleiner Teil wird in die Sonderwirtschaftszonen reinvestiert, via Hongkong oder über andere Finanzplätze. Wie in Rußland findet eine regelrechte Ausplünderung der Vermögenswerte des alten staatlichen Sektors statt zugunsten derjenigen Sektoren der Bürokratie, die besser an den Markt angepaßt und enger mit dem internationalen Kapitalismus verbunden sind.[5] Alle diese Beobachtungen relativieren in hohem Maße die Vorstellung, dieser Prozeß wäre eine Verwandlung der Bürokratie in eine typische bourgeoise Klasse.

Wenn man weiß, daß das koreanische Bankensystem für die aktuelle Führung der chinesischen Bourgeoisie als Modell galt, versteht man, daß sie von Bestürzung und Unruhe erfaßt wird. Die aktuelle Finanzkrise in Asien wird notwendigerweise Auswirkungen in China haben. Aber diese Krise ist vielleicht vor allem anderen die erste Episode einer noch erschreckenderen Enthüllung.
Die Region, die noch gestern als die dynamischste in der weltweiten Ökonomie dargestellt wurde, befindet sich heute am Rande des Bankrotts. Und verdeckt der

---

[5] In Rußland überschreitet die jährliche Kapitalflucht die Gesamtsumme der Hilfen, Kredite, Darlehen und ausländischen Investitionen. S. Katrina V. Heuvel und Stephen F. Cohen, "The other Russia", The Nation, New York, 11.8.1997.

so sehr beweihräucherte Erfolg der chinesischen Wirtschaft vielleicht nur eine spekulative Entwicklung, die sich darauf stützt, daß die Business-Bürokraten die während der Epoche des »Realsozialismus« produzierten Reichtümer ausplündern? Die totalitäre Form der politischen Macht im Verbund mit den Interessen des internationalen Kapitalismus würde dabei helfen, die reale Situation, nämlich den unermeßlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruch zu verschleiern.[6]

Ein weiteres Mal kommt einem der Vergleich mit der Situation in der Ex-Sowjetunion in den Sinn. Der wesentliche Unterschied bleibt die von der Staatsbürokratie aufrechterhaltene politische Einheit.[7] Aber wie lange noch? Auf kurze Sicht wird der Verlust an Konkurrenzfähigkeit der Exporte die Ökonomie außer Atem bringen, während sich der Rückgang ausländischer Investitionen (aus den Nachbarländern) in die Sonderwirtschaftszonen sogar verschärft.[8] Auf der anderen Seite wird die Rolle des Finanzplatzes Hong Kong als Anziehungspunkt für das von den Bürokraten-Plünderern gehamsterte Spekulationskapital geschwächt. Die Anti-Reform-Tendenzen werden dadurch ebensosehr gestärkt und die Intensität der Kämpfe innerhalb der herrschenden Klasse wird sich womöglich verdoppeln. Wenn darüberhinaus der Sektor der Staatsindustrie einmal zerstört und um seine dynamischsten Kräfte gebracht ist, kann man einer Konfrontation im Innern der neuen herrschenden Klasse der Business-Bürokraten entgegensehen: die nationalistischen Strömungen gegen diejenigen, die an die Interessen des internationalen Spekulationskapitals gebunden sind.

Es sei denn, die bisher sporadische Revolte der ProletarierInnen dehnt sich so weit aus, daß sie das Kräfteverhältnis verändert und Perspektiven gesellschaftlicher Emanzipation eröffnet. •

---

[6] Während seiner Pressekonferenz in Paris am 16.1.1998 hat der Dissident Wei Jingsheng, der nach 18 Jahren Knast aus China ausgewiesen worden war, diese Vorstellung vertreten. S. Wei Jingsheng, *La cinquième modernisation et autres écrits du printemps de Pékin* [Die 5. Modernisierung und andere Schriften aus dem Pekinger Frühling], Gesammelte Texte, aus dem Chinesischen übersetzt und eingeleitet von Huang San und Angel Pino, Paris, Christian Bourgeois Éditeur.

[7] Anm. d. Übers.: Mir ist nicht ganz klar, ob Charles Reeve hier die Partei meint, oder die politische Einheit des Landes; ich tendiere zu ersterem: Deng Ziao Ping hat sich der Partei bedient, Jelzin hat sie zerschlagen.

[8] Vor der Finanzkrise und in Bezug auf das erste Halbjahr 1996 waren sie bereits um 50 Prozent gefallen. S. Valérie Brunschwig, "La China s'apprête à réformer d'urgence son système bancaire", Le Monde, 16.12.1997.

Träume vom Irak – in den USA

(In the US, Dreaming of Iraq)

von *George Caffentzis* (Midnight Notes, P.O. Box 204, Jamaica Plain, MA 02130, gcaffentz@aol.com)

> *»Ich bin kein Verbrecher. Ich bin neu in Kairo, ich wohne in Bagdad.‹ Er erzählte die Geschichte von seinem Traum und dem vergrabenen Schatz. Er erzählte so überzeugend, daß der Nachtwächter anfing zu weinen. Der Duft der Wahrheit hat stets diese Wirkung.«*
> (Rumi: In Baghdad, Dreaming of Cairo – In Cairo, Dreaming of Baghdad, 1260-1273, *Rumi 1996: 210*)

Einleitung

Kaum sieben Jahre nach einem großangelegten Militärschlag, der im Irak Industrie, Krankenhäuser, Wasserleitungen und Abwasserkanäle verwüstete, der tausende zivile Opfer forderte und auch unter den amerikanischen Soldaten zu weitverbreiteten Krankheiten führte, bereitetet sich die US-Regierung im Februar 1998 auf einen erneuten Krieg gegen den Irak vor. Die Clinton-Regierung kleidete ihre Begründungen für die Einleitung dieses Kriegs – die sich in bemerkenswerter Weise von Woche zu Woche veränderten – in eine dramatische Sprache. In einer Versammlung in der Stadthalle von Columbus (Ohio) erklärte Außenministerin Albright: »Es ist für uns sehr wichtig klarzustellen, daß die Vereinigten Staaten und die zivilisierte Welt nicht mit jemandem verhandeln kann, der zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen sein eigenes Volk – ganz zu schweigen von den benachbarten – bereit ist.« In derselben Versammlung wiederholte Albright: »Wir sind besorgt wegen Saddam Hussein, der schon in der Vergangenheit Massenvernichtungswaffen gegen Nachbarländer und gegen das eigene Volk eingesetzt hat. Er ist ein brutaler Diktator, der sein Volk terrorisiert und die Region bedroht ... unsere Politik zielt darauf, ihn einzudämmen; das ist es, was wir versuchen« (*NYT = The New York Times, 19.2.98, A5*).
Die Schlüsselworte für die Rechtfertigung der US-Politik waren »Massenvernichtungswaffen« und »tyrannische Herrschaft«.[1] Laut Präsident Clinton bestanden

---

[1]Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, die Baath-Partei von Saddam Hussein solle hier verteidigt werden. Diese Partei orientiert sich nicht an den Idealen der Klassensolidarität oder des Antikapitalismus. Sie hat politische Dissidenten gefoltert

die Kriegsziele der USA darin, die irakische Regierung zu schwächen und ihre Fähigkeit zur Entwicklung und zur Produktion von Massenvernichtungswaffen »wesentlich zu beeinträchtigen oder diese zu verzögern« (*NYT, 13.2.98, A1*). Der Kommandant der US-Streitkräfte im Persischen Golf, General Zinni, erklärte, er wolle diese Ziele durch die Zerstörung »der Dinge, die es Saddam Hussein offensichtlich erlauben, an der Macht zu bleiben, seine Nachbarn zu bedrohen und mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu drohen« erreichen, »eben der Dinge, die dafür erforderlich sind« (*NYT, 12.2.98, A6*).

Die Reaktionen des Publikums bei der berühmten Versammlung in der Stadthalle von Columbus zeigten jedoch, daß solche Rechtfertigungen die meisten Menschen nicht überzeugen konnten. An den Fragen und ihrer Beantwortung wurde deutlich, daß die Clinton-Regierung keineswegs offen über ihre wirklichen Kriegsziele sprach. So erklärte einer aus dem Publikum: »Es gibt viele Länder, die über diese biologischen und chemischen Waffen verfügen – allein im Mittleren Osten sind es sechs. Sie haben betont, warum Saddam Hussein herausgegriffen werden sollte, aber die Leute fragen sich etwas verwundert, warum es bei diesen anderen Ländern in Ordnung sein soll, daß sie über biologische und chemische Waffen verfügen.« Jemand anderes fragte Verteidigungsminister Cohen, »ob er der Ansicht sei, daß das wichtigste Ziel dieser speziellen Aktion die endgültige Entfernung von Saddam Hussein aus der Regierung sein sollte«. Cohen erwiderte, die Entfernung von Hussein »würde den Einsatz von massiven Landstreitkräften erfordern, aber wir denken nicht, daß dies nötig ist, um ihn einzudämmen. Wir denken, wir können ihn eindämmen, wie wir es in den letzten sieben Jahren getan haben, und dem irakischen Volk zu einem bestimmten Zeitpunkt die Möglichkeit geben, selber darüber zu entscheiden, ob sie weitere sieben Jahre der Entbehrung wollen« (*NYT, 19.2.98, A9*). Während es also Minister Cohen nur um die »Eindämmung« von Saddam Hussein ging, wollte General Zinni seine Macht zerstören.

Bei der Versammlung in der Stadthalle von Columbus kam ein im ganzen Land und überall auf der Welt verbreitetes Gefühl zum Ausdruck, die Clinton-Regierung würde etwas verheimlichen. War es etwa tatsächlich so wie im Film »Wag the Dog – Wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt«? War der angedrohte Krieg nur ein Ablenkungsmanöver von einem erbärmlichen Sexskandal, oder gab es eine andere Erklärung? Die Vertreter der Clinton-Regierung hielten schon deswegen unbeirrt an ihrer offiziellen Version fest, weil sie – egal wie unglaubwürdig sie war – die Kriegsgegner in die Defensive brachte. Denn wer will schon geheime

---

und gegen kurdische Rebellen chemische Waffen eingesetzt. Mehr zu diesen Aktivitäten und zur Umwandlung der ursprünglich panarabischen sozialistischen Ideologie der Baath-Partei in eine vom Personenkult gespeiste nationalistische Partei findet sich in *CARFDRI* 1989. Es ist daher kein Wunder, daß es den USA nicht um die Ausschaltung dieser Partei ging!

Massenvernichtungswaffen oder ein tyrannisches Regime verteidigen? Ich werde in diesem Aufsatz eine andere Erklärung dafür entwickeln, warum die USA auf ihrem Feldzug gegen den Irak bestanden, und einige Gründe anführen, warum Menschen in den USA gegen diesen Krieg sein sollten.

Alternative Erklärungen sind notwendig, um gegen die ständig drohende Gefahr eines Krieges vorgehen zu können. Denn auch wenn die Vereinbarung zwischen UN-Generalsekretär Kofi Annan und der irakischen Regierung die unmittelbare Gefahr eines Krieges abgewendet zu haben scheint, gibt es gute Gründe für die Auffassung, daß die US-Regierung ein lebhaftes Interesse daran hat, ähnliche Episoden in der Zukunft anzuzetteln. Mit einer solchen Strategie der Spannung läßt sich die Aufhebung der Sanktionen hinauszögern und der Verkauf irakischen Erdöls in den kommenden Jahren einschränken. Wir sollten daher gute Argumente haben, denn wir könnten schon bald auf sie angewiesen sein.

Zudem ist eines der Hauptargumente der Kriegsgegner – ein Krieg würde das Leben von Unschuldigen im Irak kosten – zwar moralisch richtig, aber politisch chwach. Seine moralische Gültigkeit ist offensichtlich. Es ist bekannt, daß die Flächenbombardements und die dem Irak auferlegten Sanktionen, die die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Medikamenten einschränken, zusammengenommen für den Tod von hunderttausenden irakischen Menschen, vor allem Kindern, verantwortlich sind.[2] Und wir können uns leicht vorstellen, daß Bombardierungen in der Art, wie sie General Zinni vorschweben, zu einem Gemetzel und einer Verwüstung unvergleichlichen Ausmaßes führen würden.

Leider haben solche Überlegungen die Bevölkerung der USA nie dazu bewegen können, ernsthaft zu versuchen, ihre Regierung von Massenbombardements abzuhalten, außer vielleicht im Fall von Vietnam. Und wenn der Krieg erst einmal angefangen hat, liegen die militärischen Entscheidungen ohnehin nicht mehr in der Hand des Volkes. Aber wenn wir uns nicht an die Herzen der Menschen in den USA wenden können, sollten wir uns auf ihre eigenen Interessen beziehen, indem wir zeigen, daß der Krieg gegen den Irak in einem größeren Zusammenhang steht, von dem die Arbeiterklasse in den USA betroffen ist und der uns zum Widerstand gegen den Krieg herausfordert.

Um erklären zu können, warum sich die US-Regierung für die Androhung eines Angriff auf den Irak entschieden hat, müssen wir über die offiziellen Rechtfertigungen hinausgehen und uns die kurz- und langfristigen materiellen Interessen der US-Regierung in dieser Region klarmachen sowie die Rolle, die der Irak in der

---

[2]Die völkermörderischen Ziele des Golfkriegs begannen unmittelbar nach dem Ende der Bombardierungen bekannt zu werden. Erste Zahlen zu den medizinischen Auswirkungen des Krieges auf Kinder finden sich im »The Harvard Study Team's Report« (*Armijo-Hussein u.a. 1991*). Genaueres zu den Auswirkungen der Sanktionen auf die irakischen Menschen bei *Clark 1994*.

internationalen Öl- und Gasproduktion spielt. Dabei wir deutlich werden, daß der Angriff auf den Irak Bestandteil einer Politik des Öls und der »Globalisierung« ist, die von den USA auch in vielen anderen Regionen und Konflikten der Welt betrieben wurde, wie jüngst im Fall der Asienkrise.

Offizielle Verlautbarungen und das Kleingedruckte

Am Ende des Golfkriegs wurden zwischen der irakischen Regierung und den Vereinten Nationen eine Reihe von Vereinbarungen getroffen. Eine der umstrittensten war das Recht der Vereinten Nationen die Suche und Zerstörung von »Massenvernichtungswaffen« durchzuführen, die der irakische Staat möglicherweise produziert. Das Inspektionsteam der UNO, das diese Such-und-Zerstör-Mission leitet, heißt »UN Special Commission« (UNSCOM); ihr gegenwärtiger Leiter ist Richard Butler, ein ehemaliger australischer Botschafter in Indonesien. Wenn die UNSCOM eines Tages ihre Aufgabe abgeschlossen hat, sollen – voraussichtlich – die Sanktionen aufgehoben werden.

Ihre Androhung einer Bombardierung des Iraks begründete die Clinton-Regierung damit, daß die irakische Regierung dieses Abkommen verletzt habe. Stimmte das? Unmittelbar vor der Ankunft von Generalsekretär Kofi Annan in Bagdad am 21. Februar 1998 gab es anscheinend zwei Auffassungen darüber, wie die ursprüngliche Vereinbarung umzusetzen sei. (A) Die Irakis hatten sich damit einverstanden erklärt, daß die UNSCOM-Inspektoren sechzig Tage lang Zutritt zu acht Palastanlagen erhalten, die eine Vielzahl von Gebäuden, u.a. auch Wohnsitze von Saddam Hussein umfassen. Sie waren außerdem damit einverstanden, daß die Inspektionsteams ihre Berichte unmittelbar an den UN-Generalsekretär ablieferten, nicht aber an Mr. Butler. (B) Die USA betonten hingegen: die UN-Inspektoren »müssen ihrer Arbeit ohne Behinderungen, ohne Bedingungen und ohne zeitliche Einschränkungen nachgehen können« und sollen ihre Berichte weiterhin an Mr. Butler abliefern (*NYT, 17.2.98*).

Es ging also nicht darum, ob die Inspektionen fortgesetzt werden könnten, sondern wie sie durchzuführen seien. Die irakischen Behörden wollten eine genaue Festlegung der Vereinbarungen (hinsichtlich der Zeiten, Plätze und Personen), während die USA eine allgemeine Lesart der Vereinbarungen forderten. Die Konfrontation bestand zwischen der Position des Iraks, der acht Orten und sechzig Tagen zustimmte, und der Position der USA, die Inspektionen an allen Orten zu jeder Zeit verlangte.

Das Beharren der irakischen Regierung auf einer Festlegung der Bedingungen bei der Interpretation der Vereinbarung beruhte auf ihrem Wunsch, wenigstens einen Rest von Souveränität zu behalten. Sie verlangte, im Laufe der Durchführung jederzeit erneut über die Bedingungen verhandeln zu können, und eine zeitliche Terminierung der Inspektionen, nach der die Sanktionen aufzuheben seien.

Die US-Regierung beansprucht hingegen das Recht zur Durchführung einer absoluten Aufsicht über das gesamte irakische Territorium für eine unbegrenzte Zeitdauer.

Sie verlangt das absolute Recht zur Kontrolle und Zerstörung aller Einrichtungen, die zur Entwicklung und Produktion von Massenvernichtungswaffen führen könnten. Diese Forderung läuft faktisch darauf hinaus, von der irakischen Nation zu verlagen, eine vorindustrielle Kolonie zu werden, die bestenfalls Rohöl produziert. Seit der Ökologiebewegung wissen wir, daß so gut wie jede industrielle Entwicklung potentiell eine Massenvernichtungswaffe ist oder die Entwicklung solcher Waffen ermöglicht. Jede petrochemische Industrie macht z.B. chemische Waffen möglich; jede Luftfahrtindustrie macht Flugobjekte für ihren Transport möglich; jede biotechnische oder pharmazeutische Industrie macht biologische Waffen möglich. Die USA verlangen faktisch also nicht nur die Eliminierung der Souveränität der irakischen Regierung über ihr Territorium, sondern die totale Kontrolle über die zukünftige industrielle Entwicklung der irakischen Nation, wenn nicht sogar die völlige Zerstörung ihrer industriellen Kapazitäten.

Hinter der scheinbar formalen Frage bezüglich der Interpretation des Abkommens verbirgt sich eine sehr viel grundlegendere: ob die herrschende Baath-Partei die Rückkehr des Iraks zu einem kolonialen, abhängigen Status hinnehmen wird. Das ist genau das, was Juristen des internationalen Rechts einen »casus belli« (ein kriegsauslösendes Ereignis) nennen.

Die Krise wurde abgewendet, als sich die irakische Regierung entschied, die von Kofi Annan am 23. Februar 1998 in Bagdad vorgeschlagene Interpretation des Abkommens zu akzeptieren. Für den Moment schien diese Interpretation eine ausreichende diplomatische »Ausklammerung von Differenzen« zu sein. Sie hob die zeitliche Beschränkung der Inspektionen auf sechzig Tage auf, blieb aber bei der Einschränkung auf die acht Anlagen. Außerdem enthielt sie eine Geste der Anerkennung der irakischen Souveränität, indem eine Gruppe von ehemaligen Diplomaten in das »technische« Team der UNSCOM aufgenommen wurde, das die Präsidentenpaläste untersuchen soll. Irakischen Angaben zufolge hatten sich dessen Mitglieder arrogant und respektlos verhalten. Die Bezugnahme des Dokuments auf die »legitimen Bedenken des Iraks bezüglich seiner nationalen Sicherheit, Souveränität und Würde« und auf die »Aufhebung der Sanktionen« scheinen ausgereicht zu haben, um die irakische Regierung zu beschwichtigen (*NYT, 24.2.98*). Aber die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regimen der USA und des Iraks bezüglich der politischen Souveränität und ökonomischen Unabhängigkeit des Iraks bleiben bestehen und werden in der Zukunft weiter zu Spannungen führen.

Denn die US-Regierung besteht darauf, daß Verhandlungen mit der irakischen Regierung über die Bestimmungen der Vereinbarung und über die Aufhebung der Sanktionen unzulässig sind – und dabei geht es um Bestimmungen, die das Territorium und die Wirtschaft des Iraks betreffen. Die Clinton-Regierung macht die Ansprüche eines absoluten Herrschers geltend, der kein anderes Recht auf seiner Seite hat, als die militärische Überlegenheit. Aufgrund dieser militärischen Macht haben die Regierung der USA und die mit ihr verbündeten transnationalen Konzerne

in der letzten Zeit sämtliche Handelsschranken und politischen Barrieren niedergerissen, wann immer sie dem nationalen Interesse der USA oder den Interessen der Konzerne im Wege standen. Die jüngste Machtprobe mit dem Irak war nichts anderes, nur daß sie mit dem Wohlergehen der gesamten Menschheit begründet wurde und die USA als der mittelalterliche Ritter auftrat, der mit dem schrecklichen Drachen kämpft und zuguterletzt der Gerechtigkeit zum Sieg verhilft.
Es fällt aber nicht leicht, Präsident Clinton - den Befürworter des IWF, von NAFTA, des Multinationalen Investitionsabkommens (MAI) und all den anderen von Konzernen gesponserten Institutionen und Verträgen - als heiligen St. Georg darzustellen, der seine Lanze zum Schutz der Armen und Schwachen erhebt. Für die ständige Versuchung, einen Krieg gegen den Irak anzuzetteln, gab und gibt es in der Tat profanere Gründe. Sie haben etwas mit dem Preis und der Verfügbarkeit von Rohöl zu tun.

Das Geheimnis des Erdöls

»Wahrscheinlich werden die Sanktionen nicht aufgehoben werden, wenn der Irak irgendeiner neuen Abschaffung eines Waffensystems oder einer neuen Inspektion seiner Feuerstellungen zustimmt, sondern wenn er das Öl zu US/UN-Bedingungen verkauft.«
(Midnight Notes 1992; Thekla 17, S. 46)

Seit langem ist klar, daß Öl ein Hauptgrund für den Golfkrieg war. Am anschaulichsten wurde dies im Slogan der Anti-Golfkriegs-Bewegung von 1990/91 ausgedrückt: »Kein Blut für Öl!« Dabei war jedoch oft umstritten, welche Rolle das Öl genau spielte. Einige meinten damals, das Interesse der USA an »billigem Öl« hätte zur Konfrontation mit dem Irak geführt. Aber der US-Regierung ging es nie um irgendeinen bestimmten Preis für Rohöl. 1974 hatte die US-Regierung z.B. den Saudis grünes Licht für eine dramatische Ölpreiserhöhung gegeben. 1986 hingegen ließ sie Libyen bombardieren und köderte den Iran mit Geld und Waffen, um den Ölpreis zu senken (*Midnight Notes 1992, S. 6-7, 283-301*). Die Reaktion der USA bezog sich nicht auf die Forderung des irakischen Staats nach hohen Ölpreisen, sondern auf seinen verzweifelten Versuch von 1990/91, die militärische und ökonomische Kontrolle der USA über das Öl am persischen Golf zu umgehen. Daran hat sich seit dem Golfkrieg wenig geändert.
Ein Schlüssel zum Verständnis der gegenwärtigen Situation liegt darin, daß es der irakischen Regierung gelungen ist, sich trotz sieben Jahren der totalen militärischen Überwachung und der Wirtschaftssanktionen nicht völlig der militärischen Unterordnung und wirtschaftlichen Abhängigkeit zu ergeben, die die USA von den Staaten in der Region verlangten. Der irakische Staat besteht immer noch auf einer gewissen Kontrolle über seine nationalen Ressourcen und seinem unabhängigen Zugang als Verkäufer zum globalen Ölmarkt. Zum Beispiel hat der irakische Staat größere Abkommen mit einer Reihe von nicht-US-amerikanischen Ölkonzernen

über eine gemeinsame Entwicklung von Ölfeldern im Irak nach Aufhebung der Sanktionen getroffen. Solche Abkommen gibt es mit französischen Firmen wie Elf Aquitaine und Total SA (über Felder von 12,5 Mrd. Barrel [ein Barrel sind 159 Liter]) und russischen Firmen wie Lukoil, Zabrubezneft und Mashinoimport (über Felder von 7,5 Mrd. Barrel). Die einzigen Firmen, die nach einer Aufhebung der Sanktionen von der Goldgrube der Ölerschließung ausgeschlossen sein werden, sind die aus den USA – solange das Regime von Saddam Hussein nicht irgendwie vom Gegenteil überzeugt werden kann (*Wall Street Journal, 23.2.98, A17*).

Wirtschaftlich hat sich die Situation im Vergleich zu Zeit während des Golfkriegs von 1991 umgekehrt. 1990 waren die irakischen Behörden die wichtigsten Befürworter von Ölpreiserhöhungen in der Opec (Organisation Erdöl exportierender Länder). Sie verlangten einen Preis von 25 US-Dollar pro Barrel, und eine der offiziellen Begründungen für den Krieg war, daß Kuwait sich nicht an seine Opec-Quoten halte und den Ölpreis herunterdrücke. 1998 ist der Irak objektiv betrachtet keine Kraft für höhere Ölpreise. Die vollständige Rückkehr des irakischen Erdöls auf den internationalen Ölmarkt würde zu einer deutlichen Senkung des Ölpreises führen. 1994 schätzte die Clinton-Regierung, daß nach einer vollständigen Aufhebung der Sanktionen die Rückkehr des irakischen Öls auf den Weltmarkt den Ölpreis um fast 50 Prozent drücken würde, und es gibt keine Gründe, warum dies heute nicht immer so sein sollte. Ein solcher Preiseinbruch würde die internationalen Ölfirmen in der jetzigen Situation besonders treffen: auf der einen Seite gehen sie davon aus, daß umfassende neue, profitable Investitionen in Ölexploration und -förderung gemacht werden müssen (vor allem in den ehemaligen nicht-russischen Sowjetrepubliken), auf der anderen Seite sind sie aufgrund der »Asien-Krise« mit einem Rückgang der kurzfristigen Nachfrage konfrontiert (*Beck 1998*). Ein derartiger Zusammenbruch des Ölpreises würde auch die gegenwärtige Kontrollstruktur der Opec aushöhlen (wo Saudi-Arabien, ein Vasalle der USA, das Sagen hat), und die Kapitalisten der inländischen »Ölpfützen« in Texas und Louisiana ruinieren. Das wären kurzfristig keine kleinen Verlierer und zusammen mit der US-Regierung verfügen sie über eine enorme Macht.

Um diesen Zusammenhang richtig verstehen zu können, müssen wir uns die Ölpreispolitik seit dem Golfkrieg anschauen. Dieser Krieg war ein Vier-Dollar-Krieg, denn eine der entscheidenden Fragen, um die es ging, war der Ölpreis in den 90er Jahren. Eine verzweifelte irakische Regierung, die das Land nach dem Krieg mit dem Iran wieder aufzubauen versuchte und unter dem Druck des einfachen Volkes stand, hatte auf dem letzten Opec-Treffen vor dem Golfkrieg als Zielgröße für den Ölpreis 25 US-Dollar pro Barrel verlangt. Das saudiarabische Regime forderte hingegen mit Unterstützung der USA einen Preis von 21 US-Dollar – eine Differenz von vier Dollar. Das Baath-Regime war 1990 verzweifelt, weil es von zwei Seiten unter Druck stand: auf der einen Seite forderte das irakische Proletariat nach fast einem Jahrzehnt des Kriegs mit dem Iran eine »Entschädigung« in Form besserer Lebensbedingungen, auf der anderen Seite verlangten der Internationale Währungsfonds,

die USA und die Vereinten Nationen die Privatisierung der Staatsindustrien und die Einstellung von Subventionen, also die Durchsetzung von Austeritätspolitik und Strukturanpassung. Der Einmarsch in Kuwait war ein kalkuliertes Risiko, um sowohl gegenüber der irakischen Arbeiterklasse wie gegenüber IWF/USA/UN einen gewissen Spielraum zu gewinnen (durch Konzessionen seitens Kuwaits und anderen Teilen des Kapitals im Mittleren Osten im Austausch gegen einen Rückzug aus Kuwait). Die Invasion erschien auch deshalb als realistische Option, weil es für die USA keine wirkliche Alternative zur Baath-Partei gab. In gewissem Sinne hat die Invasion tatsächlich das Baath-Regime gerettet und zugleich eine Austeritätspolitik gegen das irakische Volk durchgesetzt.

Saudi-Arabien gewann die Debatte mit dem Irak über den Ölpreis auf dem letzten Opec-Treffen vor dem Golfkrieg und in der Realität bis 1997. Der Ölpreis schwankte auf dem internationalen Markt zwischen 1992 und Anfang 1997 um etwa 19-20 US-Dollar (mit einem Tiefpunkt von 14 US-Dollar Ende 1993 und einem Hochpunkt von 25 US-Dollar Anfang 1997). 1996 war der Ölpreis so stark angestiegen, daß sich viele fragten, ob sich die von Ölexperten vor dem Golfkrieg gemachte Vorhersage, der Ölpreis werde zu Beginn des nächsten Jahrhunderts auf 40 US-Dollar steigen, doch noch erfüllen sollte.

Nach vielen Schicksalswendungen kam es aber dann zur »Öl-für-Nahrungsmittel«-Vereinbarung (»Oil-For-Food«) zwischen der irakischen Regierung und dem UN-Sicherheitsrat (Resolution 986) und damit am 7. Januar 1997 zu einer stark regulierten und eingeschränkten Rückkehr von irakischem Erdöl auf den Weltmarkt, was zu einem dramatischen Zusammenbruch des Ölpreises führte. Innerhalb von zwei Monaten (von Januar bis März) fiel er von 24 US-Dollar auf 18 US-Dollar und liegt ein Jahr später bei 15-16 US-Dollar (am 20. Februar 1998 betrug er z.B. 16,18 US-Dollar).

Die USA versuchten mit diplomatischen und militärischen Mitteln, das Programm »Öl für Nahrungsmittel« zu verhindern. Der letzte Angriff auf den Irak – der Abschuß von 27 Marschflugkörpern am 9. September 1996 – verzögerte die Umsetzung der Resolution tatsächlich um fast vier Monate. Aber er konnte die »Öl-für-Nahrungsmittel«-Diplomatie nicht völlig aufhalten. Die US-Diplomaten hatten bei der Abfassung der Resolution dafür gesorgt, daß ihre Durchführung bei dem kleinsten Problem oder Zwischenfall ausgesetzt werden kann. Erstens gestattet sie nur den Verkauf von 700 000 Barrel pro Tag, was lediglich zwanzig Prozent der 3,5 Mio. Barrel sind, die der Irak vor dem Golfkrieg täglich exportiert hatte. Zweitens wird in einem wesentlichen Teil der Vereinbarung bestimmt, daß im ganzen Land 151 Beobachter der UNDHA (UN Departement of Humanitarian Affairs) darüber zu wachen haben, daß die mit den Öleinkünften gekauften Lebensmittel entsprechend einem vereinbarten System von Rationierungskarten an über 60 000 Einzelhändler im gesamten Land verteilt werden. Drittens dürfen mit den Öleinkünften neben Lebensmitteln auch Technologien für die Instandsetzung von Wasserversorgung und Kanalisation sowie Geräte für die Ölindustrie gekauft werden, was auch von

Beobachtungsteams kontrolliert werden soll. Die Wirtschaft des Iraks wird also nicht nur von Satelliten, das Land überfliegenden Spionageflugzeugen und UNSCOM-Beobachtern überwacht, sondern außerdem jeden Tag durch hunderte von Wirtschaftsprüfern und Marktinspektoren.
Diese Beobachtungsteams sind für das Schicksal der Menschen im Irak und den irakischen Staat eindeutig wichtiger als die UNSCOM-Untersuchungsteams, aber von ihnen wird auf den Pressekonferenzen der Clinton-Regierung kaum gesprochen. Sollten sie aus dem Irak abgezogen werden oder an ihrer Arbeit dort gehindert sein, wäre das Programm »Öl für Nahrungsmittel« null und nichtig und der Irak würde das Recht verlieren, sein Öl zu verkaufen.[3] Faktisch ist es so, daß die USA nur die »Kriegstrommeln« rühren muß, und das irakische Öl verschwindet vom Markt. Das ist sicher eines der geheimen Motive für die Kriegsdrohungen der USA, denn so können sie kurzfristig die irakischen Ölverkäufe kontrollieren. Zum Beispiel erhöhte der UN-Sicherheitsrat am 20. Februar 1998 die irakische Quote für Ölexporte von zwei auf 5,2 Mrd. Dollar [pro Halbjahr], um Saddam Husseins Regierung ihre Unterschrift unter die neue Interpretation der Verträge schmackhaft zu machen. Aufgrund dieser Anhebung könnte die nationale Ölgesellschaft des Iraks ihre Verkäufe auf bis zu fünfzig Prozent der Exporte vor dem Golfkrieg anheben. Das ist aber eine rein theoretische Größe, denn erstens müssen die UNDHA-Inspektionsteams im Irak tätig sein und zweitens müssen zunächst Ersatzteile für die Reparatur von Förderanlagen und Pipelines importiert werden, bevor die nationale Ölgesellschaft des Iraks die Ölförderung auf dieses Niveau anheben kann. Falls die USA wieder mit Krieg drohen oder einwenden, einige der importierten Ausrüstungsgegenstände könnten zum Bau von Massenvernichtungswaffen gebraucht werden, würde der Irak entweder wieder aus dem Markt herausfliegen oder wäre erst gar nicht in der Lage, in ihn einzutreten.

Die Geologie und das erdölproduzierende Proletariat

Ian Chambers, Direktor des Zentralamerika-Büros der ILO (der Vereinten Nationen),

---

[3]Welche Auswirkungen die Androhung eines Militärschlags der USA auf die Arbeit der »Öl-für-Lebensmittel«-Inspektionsteams und damit auf den Ölpreis hatte, wurde von den Ölexperten völlig klar gesehen. Zum Beispiel wurde im »Oil and Gas Journal« Geoff Payne, ein Ölmarktexperte der UBS Ltd. in London, mit den Worten zitiert: »Die Androhung einer militärischen Aktion hat den Markt enorm unsicher gemacht. Dadurch ist auch unklar geworden, welche Zukunft das Öl-für-Lebensmittel-Abkommen der Vereinten Nationen hat. Wenn die USA eine militärische Operation durchführen, können die UN-Teams für die Verteilung der Hilfsgüter nicht dort bleiben. Es könnte sein, daß das Öl-für-Lebensmittel-Abkommen, das eigentlich ausgeweitet werden sollte, gestoppt wird. Aus diesen Gründen hat sich der Ölpreis [Ende Januar 1998] wieder erholt« (*Knott 1998*).

erklärte, daß die schätzungsweise 300 Millionen Menschen umfassende eingeborene Bevölkerung auf der Welt, in Gebieten lebt, in denen sich 60 Prozent der natürlichen Ressourcen des Planeten befinden. Daher »ist es kein Wunder, daß es zu einer Unmenge von Konflikten um die Nutzung und Verplanung ihres Landes kommt, wie sie im Interesse von Regierungen und Firmen vorgenommen wird (...). Die Gebiete der Eingeborenen sind in Amerika in erster Linie durch die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen (Öl und Mineralien) und durch den Tourismus bedroht« (*Interview mit Martha Garcia, in »La Jornada«, 28.5.97*).

»Im Schlepptau dieser Investitionsprojekte kommen Umweltverschmutzung, Prostitution und Drogen; also die Rekonstruktion/Reorganisation der Zerstörung/Entvölkerung des Gebiets« (*Subcomandante Marcos 1997*).

Die Drohung mit den Bomben zielt nicht nur auf die Menschen im Irak. Wie schon im letzten Golfkrieg geht es gegen alle Menschen überall auf der Welt, die in die Produktion von Öl einbezogen sind und sich nicht völlig den Plänen der großen Ölkonzerne und ihrer amerikanischen und britischen Regierungsverbündeten unterwerfen.
Beim Golfkrieg von 1990/91 war das klar, aber seitdem hat sich die politische Situation dieses erdölproduzierenden Proletariats verändert. Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre revoltierten ArbeiterInnen von Trinidad bis Algerien, von Nigeria bis zum Mittleren Osten gegen die von IWF und Weltbank aufgezwungene Politik der Austerität und strukturellen Anpassung (*Ryan 1991; Midnight Notes 1992; Ihonbvere 1992; Walton and Seddon 1994*). Sie weigerten sich zu verhungern, während vor ihren Augen und aus ihrem Boden die wichtigste Ware dieses Planeten gefördert wurde, ohne daß sie dafür irgendetwas bekamen. Außerdem wurden sie von der palästinensischen Intifada angestachelt, die zeigte, daß ein Volksaufstand selbst von einem Unterdrücker, der über modernste Technologien verfügt, nicht aufgehalten werden kann. Die Zentren dieses Aufstands waren die Städte (von Port of Spain über Algier und Lagos bis nach Gaza) und seine Forderungen richteten sich an die eigenen Regierungen und an den IWF. Im Mittelpunkt dieser internationalen Intifada gegen die Austerität standen die WanderarbeiterInnen im Mittleren Osten (vor allem die Palästinenser, aber auch die Ägypter und Jemeniten), denn von ihnen drohte ein Umsturz der despotischen, petrokratischen Regime wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Kuwait, die wichtige Geldgeber des IWF und die wichtigsten Verbündeten der USA waren (und sind).
Der Golfkrieg setzte eine völlige Veränderung in der Zusammensetzung der Arbeitskraft im Mittleren Osten durch. Die palästinensischen, ägyptischen und jemenitischen ArbeiterInnen wurden verjagt und damit verschwanden auch ihre bedrohlichen Forderungen nach politischer Anerkennung in Staaten wie Kuwait oder den Vereinigten Arabischen Emiraten, wo sie die Mehrheit der Bevölkerung dargestellt hatten. Ähnliche Niederlagen ereigneten sich auch anderswo. In Algerien

wurde z.B. die Anti-IWF-Bewegung von bewaffneten fundamentalistischen Gruppen abgelöst, die ganze Dörfer niedermetzeln. Die palästinensische Intifada versteinerte zur prekären Kontrolle der PLO über einen Quasi-Staat in der Westbank und im Gazastreifen. Die Quellen der Aufsässigkeit, gegen die sich der Golfkrieg richtete, befinden sich daher heute nicht mehr an denselben Orten.

Die Revolte des Erdölproletariats hat sich seit Anfang der 90er Jahre von den Städten aufs Land verlagert, z.B. nach Chiapas in Mexiko, ins Land der Ogoni in Nigeria, nach Tschetschenien und in die gesamte kaspische Region (siehe z.B. *Saro Wiwa 1992, Cecena and Barreda 1995*). Diese Menschen fordern Entschädigungen für das Leid, das ihnen durch Erdölsuche und -förderung zugefügt wurde und noch werden wird. Sie haben angefangen, dem verzweifelten Vordringen der Ölindustrie in die letzten unerschlossenen Ölgebiete des Planeten gewaltige Steine in den Weg zu legen. Shell, Chevron und Mobil sind mit denen konfrontiert, »die zurückgelassen wurden«, den Eingeborenen, den Marginalisierten. Von diesen Menschen spricht der zapatistische Subcomandante Marcos, wenn er sich auf die Protagonisten eines »Vierten Weltkriegs« bezieht. Sie stellen sich sowohl gegen die Soldaten ihrer eigenen Regierungen, wie gegen die Todesschwadronen der transnationalen Firmen, die um jeden Preis an das Erdöl kommen wollen, das sich unter ihnen befindet (*Subcomandante Marcos 1997*). Es sind Menschen, die auf der wichtigsten (und entwertetsten) Ware der Welt leben und die vertrieben und erniedrigt werden müssen, um die Förderung dieser Ware profitabel zu machen.

Diese Menschen, die am »Rand« der industriellen Entwicklung gelebt haben, wurden zwangsweise zu den Protagonisten eines neuen Weltkriegs, weil sich die Wissenschaftler zunehmend darüber einig sind, daß die weltweite Erdölförderung im nächsten oder übernächsten Jahrzehnt seinen Höhepunkt überschritten haben wird. Die Ölfirmen versuchen nun verzweifelt, die letzten verbliebenen Ölreserven dieses Planeten, die alle in bisher unentwickelten Regionen liegen, unter ihre Kontrolle oder in ihren Besitz zu bekommen. Diesen Überlegungen zufolge werden Ölfirmen, die jetzt nicht ihre Claims abstecken, beim Preisboom in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts leer ausgehen, zu dem es aufgrund sinkender Produktion bei steigender Nachfrage kommen soll.

Diese Einigkeit der Wissenschaftler beruht auf Arbeiten von M. King Hubbert in den 50er Jahren. Damals hatte er zutreffend vorhergesagt, daß die Ölförderung der USA außerhalb Alaskas ihren Höhepunkt 1969 erreichen würde. Geologen wie Colin Campbell, Jean H. Laherrere und Craig Bond Hatfield haben die Ergebnisse von Hubbert auf den gesamten Planeten extrapoliert und festgestellt, daß die Zahl und Größe von neuen Erdölfunden seit den 60er Jahren ständig fällt und rapide gegen Null geht (*Campbell and Laherrere 1998; Hatfield 1997; Hartshorn 1993: 225-251*). Außerdem haben sie festgestellt, daß normalerweise die größeren Ölfelder als erste gefunden werden und daß die Ergiebigkeit neu aufgemachter Ölfelder in der letzten Zeit absinkt. Da der Ölverbrauch jährlich um etwa zwei Prozent ansteigt, während die alten Ölfelder versiegen, neue Felder nur zu hohen Kosten gefunden

und ausgebeutet werden können und auch objektiv seltener werden, zeichnet sich ein Preisanstieg von dramatischen Ausmaßen ab.
Demzufolge beruhen alle neu zu erwirtschaftenden Profite in der Ölproduktion auf den geographischen Grenzen des Planets. Aber gerade mit dieser Jagd nach den Grenzen kehren all die Greuel aus der ursprünglichen Phase der Ölproduktion zurück.[4] Die eingeborenen Menschen müssen von ihrem Land vertrieben werden; zuvor unvergiftetes Wasser und Land muß verseucht werden; Kulturen, Menschen und Ökologien müssen vernichtet werden. Aber diese Menschen – von denen in Chiapas, über die Ogonis und die Papuasesen, bis zu den Ecuadorianern – wehren sich gegen ihre Auslöschung und erhalten Unterstützung aus der ganzen Welt. Erstaunlicherweise gelingt es ihnen, den von der Ölindustrie ausgerufenen letzten Vormarsch aufzuhalten.[5] Ob es sich heute tatsächlich um den »letzten Vormarsch« der Ölindustrie handelt,

---

[4]Viele dieser Greuel wurden in den 20er Jahren den Menschen im Irak von der Britischen Armee und der Royal Air Force angetan, von Bombardierungen der kurdischen Stadt Sulaymaniya bis zu Gasangriffen auf aufständische Stämme. Damit sollte Winston Churchills Direktive gegenüber dem Irak durchgesetzt werden: »Wir müssen den Besitz oder um jeden Preis die unmittelbare Kontrolle über wenigsten einen Teil des Erdöls bekommen, das wir brauchen.« (Siehe *CARFDRI 1989: 1-8*).

[5]Der überraschende Erfolg der Kämpfe von Eingeborenen gegen die »Moderne« (auch bekannt als »kapitalistische Entwicklung«, auch bekannt als »Enteignung, Ausbeutung, Vernichtung«) kann an der kürzlich von der Weltbank beschlossenen Einrichtung einer »Weltweiten Staudammkommission« (World Damm Commission, WDC) abgelesen werden. Sie soll Regierungen und Industrie mit Umweltschutz- und Menschenrechts-NGOs zusammenbringen, um über »internationale Normen für verträglichen Staudammbau« zu verhandeln. Dies soll das Modell sein, um »ein viel umfassenderes Problem anzugehen, das mit einer Reihe von Industrien verbunden ist, die Bodenschätze auswerten, vom Bergbau bis zur Ölsuche. Es gibt zunehmende Anzeichen dafür, daß solche Projekte durch heftige Kämpfe paralysiert werden könnten, die sich zwischen Regierungen von Entwicklungsländern und ihren Unterstützern aus der Industrie auf der einen Seite und Umweltschützern sowie anderen, die sich über die Schäden für Natur und Menschen Sorgen machen, auf der anderen Seite abspielen. Die Staudämme sind ein Testfall...« (*Zachary 1998*). Die WDC gehört zu einem großangelegten Projekt der Weltbank, mit dem die Kämpfe von Eingeborenen eingedämmt und über eine geschickte Einbeziehung der NGOs zur Legitimitation für eine Entwicklung mit neuem Antlitz benutzt werden sollen (*Midnight Notes 1997*). Wir dürfen dabei nie vergessen, daß die Schrecken einer Kriegsführung geringer Intensität [low intensity warfare] zum sofortigen Einsatz bereitstehen, falls die frisch vereinbarten »internationalen Normen« von den Eingeborenen »verletzt« werden sollten.

ist eine andere Frage. Wir sollten der Hubbertschen Version vom »Ende des Öls« in den späten 90er Jahren mit derselben Skepsis begegnen, mit der wir das »Grenzen-des-Wachstums«-Szenario des Club of Rome aus den späten 60er Jahren betrachtet haben. Erdöl ist unvermeidlicherweise von einer ideologischen Aura umgeben. Es ist eine Basisware (d.h. sie geht in die Produktion fast aller Waren ein), der Ölpreis wirkt sich auf den Preis aller anderen Waren und auf die Verteilung des Profits im gesamten kapitalistischen System dieses Planeten aus. Jede dramatische Veränderung des Ölpreises und jede Intensivierung der Suche nach Erdöl geht mit bestimmten Ideologien einher. Die »Grenzen-des-Wachstums«-Ideologie schien auf eine sehr plumpe Weise den Anstieg des Ölpreises und die »Energiekrise« der 70er Jahre zu rechtfertigen und zu erklären (*Caffentzis 1992a*). Aber der gemeinsam herbeigeführte Zusammenbruch des Ölpreises und der Anstieg der nachgewiesenen Ölreserven in den 80er Jahren, disqualifizierten sie als bloße Rechtfertigung für zukünftige Preisanstiege oder Landenteignungen im Namen des Erdöls (*Caffentzis 1992b*). Eine subtilere Theorie wurde benötigt. Die Version von Hubbert gesteht zu, daß die Ölreserven für eine gewisse Zeit weiter ansteigen werden, da mit dem Erreichen der Grenzen der bereits entdeckten Ölfelder entwickeltere Technologien eingesetzt werden, um die letzten Tropfen herauszuquetschen. Ihr zufolge wird auch die weltweite Förderung noch eine zeitlang ansteigen, da nun die selteneren größeren Ölfunde in bisher unentwickelten Gebieten hinzukommen. Indem die Hubbertsche Variante vom »Ende des Öls« die Aufmerksamkeit auf einen bevorstehenden historischen Höhepunkt der Ölproduktion lenkt statt auf ihr völliges Versiegen in weiter Ferne, liefert sie eine glaubwürdigere ökonomische Rechtfertigung für einen deutlichen Preisanstieg und gibt den internationalen Ölkonzernen politische Rückendeckung bei ihrer Forderung an die US-Regierung, sie solle jeden Widerstand gegen Erdölsuche und -förderung niederschlagen.

Die fortgesetzte Drohung der USA, beim kleinsten Zeichen von Widerstand Bagdad zu bombardieren, macht klar, daß es so allen gehen wird, die die Rekolonialisierung der Ölfelder unter ihren Füßen durch die internationalen Ölkonzerne und die mit ihnen verbündeten Regierungen der USA und Großbritanniens nicht hinnehmen. In Columbus hatte Minister Cohen paradoxerweise unterstellt, die Menschen im Irak seien zu den Objekten eines militärischen Angriffs der USA geworden, weil sie das Regime von Saddam Husseins Baath-Partei nicht gestürzt hätten und die von den USA vorgeschlagene Rekolonialisierung ihres Landes nicht hinnehmen würden. Damit befinden sich diese Menschen offensichtlich in derselben Lage wie die Zapatisten in Mexiko und die Ogoni in Nigeria, die so dreist sind, die Kontrolle über das Öl unter ihren Füßen zu fordern. Der wesentliche Unterschied zwischen ihnen besteht darin, daß die irakischen Menschen mit einem Krieg hoher Intensität bedroht werden, während die eingeborenen Menschen mit den low-intensity-Formen des modernen Kriegs gequält werden.

Die paradoxe Aussage von Cohen bekam eine noch zynischere Wendung durch seine Versicherung, das US-Militär wolle den Irak nicht besetzen. Stattdessen wolle

man die Menschen im Irak bombardieren, denn die US-Regierung befürchte ein Auseinanderbrechen der irakischen Nation! Die US-Regierung hatte noch nie Skrupel, Nationen auseinanderzubrechen, wie sich an ihrer Beförderung der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und der Auflösung Jugoslawiens nach dem Kalten Krieg sehen läßt. Mit dem Auseinanderbrechen des Iraks – z.B. in die drei ottomanischen Provinzen, aus denen das Land entstanden ist: ein kurdisch dominiertes Mosul, ein schiitisch dominiertes Basra und ein kosmopolitisches Bagdad – hat sie Probleme, weil die Ölpolitik der Nachfolgestaaten viel mehr Schwierigkeiten bereiten würde als Saddam Hussein. Erstens könnten die neuentstehenden Nationen behaupten, sie seien für die Schulden und Kriegszerstörungen seines Regimes nicht verantwortlich. Zweitens könnte eine unabhängige kurdische Republik ihren Ölreichtum für die Befreiung ihre kurdischen Brüder und Schwestern in der Türkei, im Iran und in Zentralasien einsetzen. Drittens würde das in Bagdad konzentrierte und technisch ausgebildete Proletariat ein Ende der Austerität (nach ihren Plagen) erwarten und nicht den Austausch der Baath-Partei gegen eine Regierung der IWF-Strukturanpassungsmaßnahmen, die unter der Schirmherrschaft der USA unvermeidlich folgen würde. Viertens würde sich eine Republik in Basra mit dem islamischen Staat des Irans verbünden, der zu einem unliebsamen Konkurrenten bei der Förderung und Vermarktung von Öl aus Zentralasien zu werden droht. Ein von Saddam Husseins Baath-Partei regierter Irak ist ganz offensichtlich für die US-Regierung und die Ölindustrie die beste Wahl.
Den zutreffendsten Kommentar zu den verworrenen Überlegungen von Minister Cohen können wir den Worten eines kurdischen Rebellen aus dem Irak entnehmen, der kürzlich den Schluß zog, »die USA und Saddam sind zwei Seiten derselben Medaille«, während ihm seine Ausweisung in den Irak durch die US-Einwanderungsbehörde (INS) droht. Er war 1994 vom CIA aus dem Irak ausgeflogen und in den USA in »Sicherheit« gebracht worden (*WBAI 1998*).

Der Golfkrieg und die Globalisierung

Um den Eindruck zu erwecken, das Vorgehen der US-Regierung gegen den Irak sei eine Antwort auf den personifizierten Teufel Saddam Hussein, wird im Moment die gesamte Metaphorik wieder aufgewärmt, die im Golfkrieg zur Dämonisierung des irakischen Staates eingesetzt worden war. Dieser geplante Angriff liegt aber ganz auf der Linie der Politik, die die US-Regierung unter dem Vorwand der »Globalisierung« die gesamten 80er und 90er Jahre hindurch in jeder Region der Welt durchgeführt hat.
In den afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern erfordert die Globalisierung – die auf der vollständigen Kontrolle der weltweiten Ressourcen durch transnationale Konzerne beruht – die Kriegsführung niedriger Intensität, d.h. den Einsatz leicht bewaffneter Gruppen (von Todesschwadronen bis zu »Contras«), deren Ziel nicht der militärische Sieg über den Gegner ist, sondern die Aushungerung und

Terrorisierung einer widerständigen Bevölkerung, die den Gegner unterstützt. Wir haben ihre Anwendung in Nicaragua, El Salvador, Mosambik und Angola erlebt. Im Irak scheint die Globalisierung stattdessen einen Krieg auf hohem technischen Niveau erforderlich zu machen. Aber die Logik ist dieselbe.

Die Kriegsführung der USA gegen den Irak kann am besten als aktuelles Gegenstück zum Opiumkrieg des britischen Empires gegen China Mitte des 19. Jahrhunderts verstanden werden. Die Briten betrachteten ihren Krieg als einen Feldzug für den »Freihandel«. Ihr wichtigstes Kriegsziel war es, den völlig verständlichen (aber »protektionistischen«) Widerstand der chinesischen Regierung gegen die Öffnung ihrer Märkte für Opium aus der britischen Kolonie Indien zu zerbrechen (*Rowling 1987: 80-84*). Im Irak geht es um das Recht der US-Regierung, die Ressourcen des Planeten entsprechend ihrem Belieben kontrollieren zu können, solange sie sich selbst als die Uniform einer internationalen Agentur darstellt, sei es nun die UNO, der IWF, die WTO oder die WHO. So sieht im späten 20. Jahrhundert das aus, was früher als »Naturrecht« der Nationen verkündet wurde, und womit John Locke die Kolonialisierung Amerikas im 17. Jahrhundert rechtfertigen konnte (*Arneil 1996*). Das ist die Botschaft des geplanten Kriegs – und sie richtet sich nicht allein an das Regime von Saddam Hussein.

Wie sich an der Bemerkung von Jelzin, ein US-Angriff auf den Irak könnte den »Dritten Weltkrieg« auslösen, ablesen läßt, ist auch die russische Regierung stark betroffen (*NYT, 5.2.98*). Der geplante Angriff auf den Irak ist zugleich ein Angriff auf ihre eigene Zukunft – er begräbt die Hoffnung, der russische Staat und das russische Kapital könnten selber von der Liberalisierung profitieren und die Erdölvorkommen der ehemaligen Sowjetunion müßten nicht zwangsläufig von britischen und US-Ölfirmen monopolisiert werden. Mit der Intensivierung ihrer Strategie der Spannung schickt der US-Staat eine Warnung an die russischen Kollegen: das Management eurer Ölvorkommen muß mit den Plänen der USA übereinstimmen, sonst ...

Der geplante Angriff enthält auch eine Botschaft an die asiatischen Regierungen. Es besteht tatsächlich ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Irak und den gesammelten Tigern und Drachen, Indonesien, Thailand, Malaysia und Südkorea. Alle diese Staaten haben den Weg eines nationalstaatlichen Entwicklungsmodells beschritten. In den 80er Jahren war dieser Versuch der asiatischen Länder enorm erfolgreich und schien ein alternatives Entwicklungsmodell für ehemals kolonialisierte Länder zu sein. Letztes Jahr geriet dieses Modell jedoch in die Krise. Die Antwort der USA auf die »Asienkrise« besteht darin, die absolute Kontrolle über ihre Volkswirtschaften zu fordern. So wie die Iraker der US-Regierung jeden verborgenen Winkel in ihrem Land zugänglich machen müssen, müssen die Thailänder, Indonesier und Koreaner »ihre Bücher offenlegen« und dem IWF (der von der US-Regierung unterstützt wird) alle Verträge vorlegen und natürlich genehmigen lassen, um überleben zu können.

Die US-Regierung entwirft die Herrschaft eines globalen Panoptikums (wörtlich:

alles ist sichtbar), wo alles, was auf diesem Planeten geschieht, von der US-Regierung (oder den Vertretern einer unter ihrer Kontrolle stehenden internationalen Organisation) gesehen, kontrolliert und gebilligt werden muß. Die USA trachten also nicht nur wie in den 60er Jahren danach, der »Büttel« der Welt zu werden, sondern zu Beginn des 21. Jahrhunderts wollen sie gleichzeitig »Ermittler«, »Aufseher« und »Scharfrichter« sein.
Im allgemeinsten Sinne geht es beim (alten und neuen) Golfkrieg um die Möglichkeit der Nationalstaaten, einen souveränen Weg für das eigene Überleben bestimmen zu können, und um die Möglichkeit eines Volkes, sich aktiv (oder sogar bloß passiv) den Diktaten des Weltmarktes zu widersetzen (die in groben Zügen von der US-Regierung und ihren internationalen Stellvertretern festgelegt werden). Diese Logik ist nicht nur im Fall der ehemals kolonialisierten Länder am Werk, sie betrifft auch die »entwickelten kapitalistischen Länder«. Betrachten wir den Fall des US-Piloten, der bei einem Vergnügungsflug in Italien zwanzig Menschen umbrachte, indem er mit seinem Flugzeug die Seile eines Skilifts kappte, als er unter ihnen durchzufliegen versuchte. Als italienische Beamte das Flugzeug auf der Militärbasis in Norditalien untersuchen wollten, wurden sie von der US-Militärpolizei weggeschickt, die ihnen erklärte, es handele sich um eine interne Angelegenheit des US-Militärs. Als die Italiener nach einer Erklärung für die Katastrophe fragten, teilte die US-Regierung mit, sie würden nur ihre eigenen Landkarten benutzen, nicht diejenigen des Landes, in dem sie stationiert sind, selbst wenn die örtlichen Karten besser und Einrichtungen wie Skilifte in ihnen deutlicher markiert seien! Die imperialistischen Glotzaugen der USA können nur Krieg sehen, wenn irgendjemand ein Geheimnis vor ihnen verbergen will, während ihre eigenen geheimen Landkarten zu göttlichen Maximen für die Auserwählten erklärt werden, egal wie tödlich ungenau sie sind.
Für uns stellt sich die Frage: wie lange wollen wir in den USA noch dieses Programm für den ewigen Krieg hinnehmen? Können wir uns als das bezeichnen, was Frantz Fanon während des Algerienkriegs über das französische Volk sagte, »Schlafende Schönheit«? Können wir die Schlafende Schönheit weiter schlafen lassen, während die Ströme von Blut, die in unserem Namen vergossen werden, weiter anschwellen?

Schlußfolgerungen

Ich will zum Schluß meine Überlegungen zusammenfassen und sagen, was sie für diejenigen bedeuten, die gegen den neuen Golfkrieg angehen wollen.

■ **Erstens** richtet sich die angedrohte Bombardierung des Iraks nicht gegen Husseins Baath-Partei, sondern gegen die ArbeiterInnen im Irak. Denn schon die Androhung eines Angriffs würde die Vereinten Nationen zu einem Rückzug ihrer »Öl-für-Nahrungsmittel«-Inspektionsteams veranlassen und den Verkauf von irakischem Öl stoppen. Durch die Bomben würden Tausende sterben, aber die Fortsetzung

der Sanktionen und Reparationen wird Millionen umbringen.
Die Sanktionen und Drohungen zielen ganz eindeutig darauf, das Baath-Regime an der Macht zu halten, denn Saddam Hussein hat in der Geschichte gelernt, daß seine Partei nur unter Notstandsbedingungen an der Macht bleiben kann. Die gefährlichste Situation für sein Regime war die kurze Friedensphase zwischen dem Ende des Kriegs mit dem Iran (1988) und der Invasion von Kuwait (1990). Seitdem haben die Regierungen der USA und des Iraks eine wechselseitiges Spiel des Betrugs an der eigenen Bevölkerung gespielt, indem sie die Angst und Wut der Leute bezüglich der Aktionen der jeweils anderen Regierung zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen Kontrolle benutzen. Wenn die USA ernstlich am Untergang der Baath-Partei interessiert wären, stände eine umgehende Aufhebung der Sanktionen auf der Tagesordnung.
Ebenso müßten die Reparationen an Kuwait eingestellt werden (nachdem zuvor sowohl die irakische wie die kuwaitische Regierung Entschädigungen an die Palästinenser, die anderen Immigranten und an diejenigen kuwaitischen Arbeiter, die während oder nach dem Krieg ihr Leben, Gliedmaße oder Eigentum verloren haben, gezahlt haben). Diese Reparationen sind eine weitere Methode, mit der das irakische Volk ausgehungert und für die kommenden Jahrzehnten in einer Art Schuldknechtschaft gehalten wird. Warum sollten die Einnahmen aus irakischem Öl an die kuwaitische Herrscherfamilie gehen, die sich während des Kriegs größtenteils in den Kasinos und Hotels in Kairo oder Europa aufhielt?

■ **Zweitens:** Die Clinton-Regierung betreibt ihre Strategie der Spannung, um den internationalen Ölmarkt im Interesse der großen Ölkonzerne und ihrer Verbündeten im Mittleren Osten kontrollieren zu können. Die US-Regierung verlangt von allen, die sich an diesen Geschäften beteiligen, daß sie ihre Bedingungen akzeptieren. Im Moment besteht ihre Strategie darin, den Ölpreis zu stabilisieren und/oder zu erhöhen und gleichzeitig überall auf der Welt die Privatisierung nationalisierter Ölgesellschaften durchzusetzen. Die irakische Regierung hat sich jedoch geweigert, ihre Ölproduktion zu privatisieren und ihr Auftauchen auf dem Ölmarkt wird den Ölpreis deutlich absenken. Die US-Truppen sind zu den Wächtern des Weltmarkts geworden, die eine endlose Zahl von Kriegen niedriger, mittlerer oder hoher Intensität führen, um Profite und Marktanteile abzusichern.[6]

---

[6]Die Aufgaben der militärischen Aufpasser der USA werden sich in Zukunft noch komplizierter und problematischer gestalten. Denn seit dem Golfkrieg sind »neue Wächter« auf dem Ölmarkt aufgetreten, der bisher von der Opec und den großen Ölkonzernen kontrolliert wurde: die Händler auf den Finanzmärkten. »[Sie] haben keinerlei angeborenen Respekt vor irgendetwas auf den Gütermärkten, sei es Öl oder etwas anderes, ... [sie] profitieren vom systematischen Ankauf kurzfristiger Positionen an den rauhen Terminbörsen,« erklärt Edward N. Krapels, Präsident

■ **Drittens:** Wenn du der Auffassung bist, daß die Neue Ökonomische Ordnung, oft als »Globalisierung« bezeichnet, dein Wohlergehen bedroht, dann solltest du Widerstand leisten gegen die Strategie der Spannung und die Kriegsdrohungen der Clinton-Regierung (*Midnight Notes 1997*). Denn der Krieg wird geplant, um all diejenigen zu verwirren und einzuschüchtern, die sich der Globalisierung widersetzen, d.h. gegen diejenigen, die sich weigern, ihr geologisches Erbe oder sich selber für einen Apfel und ein Ei an die transnationalen Konzerne und ihre supranationalen Verbündeten (den IWF, die Weltbank und die WTO) zu verkaufen.

Nachtrag

Die Clinton-Regierung versucht uns mit Gruselmärchen über die Geheimnisse von Bagdad einzuschüchtern. Es ist vielleicht hilfreich, sich an das Gedicht von Rumi zu erinnern, das wir einleitend zitierten. Die Person, von der das Gedicht handelt, ist ein Lebemann aus Bagdad, der von einem geheimen Schatz träumte, der in Kairo in dem und dem Haus in der und der Straße vergraben sei. Aufgrund seines Traums reiste er nach Kairo. Nach vielen Mißgeschicken gelangt er endlich zerlumpt und bei Nacht in Kairo an und versucht, das Haus mit dem geheimen Schatz zu finden. Es war nun aber so, daß zu dieser Zeit in Kairo eine Recht-und-Ordnung-Mode herrschte und jeder, der sich nachts ohne guten Grund auf der Straße aufhielt, als Dieb festgenommen werden sollte. Dem Gedicht zufolge erzählte er seine Geschichte einem Nachtwächter, der kurz davor stand, ihn ins Gefängnis zu stecken. Der Nachtwächter war zu Tränen gerührt, nicht nur durch die Wahrheit der Geschichte. Er selber hatte einen Traum von einem geheimen Schatz. Aber dieser Schatz war in Bagdad vergraben, in dem und dem Haus in der und der Straße. Als der Nachtwächter den Namen des Hauseigentümers und den Namen der Straße nannte, wurde dem Suchenden klar, daß sich der Schatz in seinem eigenen Haus in seiner eigenen Straße befand. Ohne es laut auszusprechen, wurde ihm bewußt: »Wonach ich suche, das befindet sich in meinem eigenen Haus in Bagdad!«
Diese Einsicht gilt nicht nur für geheime Schätze, sondern auch für geheime Schrecken: während du sie unter Einsatz deiner ganzen Kräfte woanders suchst, befinden sie sich bei dir zu Hause! Stoppt den Krieg!

---

der Energy Security Analysis, Inc. in Washington (*West 1995: 9-10*). Diese Spieler an den Terminbörsen gedeihen aufgrund der Flüchtigkeit und dem sich ändernden Ausmaß von Unsicherheit. Damit soll nicht gesagt werden, daß der langfristige Ölpreis tatsächlich einfach von den Angebots- und Nachfragekurven der neoklassischen Ökonomen bestimmt wird. Andere (wenn auch sich widersprechende) marxistische Auffassungen vom Wert und Preis des Rohöls finden sich bei *Massarat 1980* und *Caffentzis 1992*.

Literatur:

Armijo-Hussein, N.A. et al. 1991. »The Effect of the Gulf Crisis on the Children of Iraq.« The New England Journal of Medicine. Vol. 325, No. 13, Sept. 26, pp. 977-980.

Arneil, Barbara 1996. John Locke and America: The Defense of English Colonialism. Oxford: Clarendon Press.

Beck, Robert J 1998. »Growth in World Demand for Oil to Ease in 1998.« Oil and Gas Journal. Jan. 26, 76-79.

Caffentzis, George 1992a. »The Work/Energy Crisis and the Apocalypse.« In (Midnight Notes 1992) (dtsch: Arbeit, Entropie, Apokalypse, in: Thekla 12, Berlin 1989).

Caffentzis, George 1992b. »Rambo on the Barbary Shore: Libya, the Oil Price and the US Polled.« In (Midnight Notes 1992).

Campbell, Colin J and Laherrere, Jean H. 1998. »The End of Cheap Oil.« Scientific American, vol. 278, n. 3, March.

Cecena, Ana Esther and Barreda, Andres 1995. »Chiapas y sus recursos esrtategicos.« Chiapas. No. 1.

Clark, Ramsey 1994. The Fire This Time: US War Crimes in the Gulf. New York: Thunder's Mouth Press.

CARFDRI = Committee against Repression and For Democratic Rights in Iraq 1989. Saddam's Iraq: Revolution or Reaction? Revised Edition. London: Zed Books.

Hartshorn, J.E. 1993. Oil Trade: Politics and Prospects. Cambridge: Cambridge University Press.

Hatfield, Craig Bond 1997. »Oil Back on the Global Agenda.« Nature, vol. 387.

Ihonvbere, Julius 1992. »Resistence and Hidden forms of Protest Amongst the Petroleum Proletariat of Nigeria.« In (Midnight Notes 1992).

International Petroleum Encyclopedia 1995. »OPEC, Once Powerful, Faces a Cloudy Future.« In (West 1995).

Knott, David 1998. »Oil Price Rallies as US Threatens Iraq.« Oil and Gas Journal. Feb. 2: 26.

Massarrat, Mohssen 1980. »The Energy Crisis: The Struggle for the Redistribution of Surplus Profit from Oil.« In (Nore and Turner 1980).

Midnight Notes 1992. Midnight Oil: Work, Energy, War, 1973-1992. New York: Autonomedia. (Ein Teil der Aufsätze aus diesem Buch ist auf deutsch in Thekla 17: Midnight Oil - Arbeit, Energie, Krieg, Berlin 1993, erschienen. Der Artikel über die Bombardierung Libyens und die US-iranischen »Waffen-Geiseln«-Deals fehlt allerdings in dieser Ausgabe; der Originalartikel bzw. eine Rohübersetzung kann bei uns bestellt werden.)

Midnight Notes 1997. Introduction to One No, Many Yeses. Midnight Notes 12.

Nore, Peter and Turner, Terisa 1980. Oil and Class Struggle. London: Zed.

Rowling, Nick 1987. Commodities: How the World Was Taken to Market. London: Free Association Books.

Rumi 1996. The Essential Rumi. Translated by Coleman Barks. San Francisco: HarperSanFrancisco.

Ryan, Selwyn 1991. The Muslimeen Grab for Power: Race, Religion and Revolution in Trinidad and Tobago. Port of Spain: Inprint.

Saro-Wiwa, Ken 1992. Genocide in Nigeria: The Ogoni Tragedy. Port Harcourt, Nigeria: Saros International Pubs.

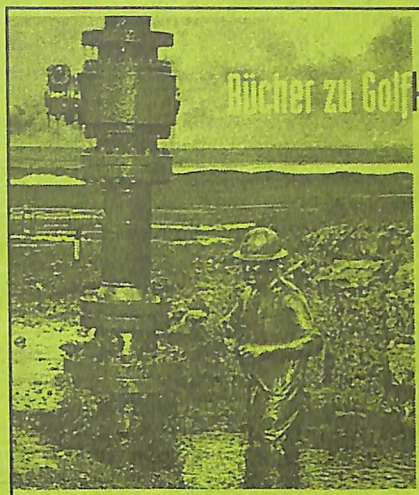
Subcommendante Marcos 1997. »The Seven Useless Pieces of the Global Jigsaw Puzzle. Neoliberalism as a puzzle: The Useless Global Unity which Fragments and Destroys Nations« (In French). Le Monde Diplomatique. June. (dtsch.: Le Monde diplomatique 8/97, Beilage zur taz v. 15.08.1997; die deutsche Übersetzung weicht allerdings stark von der spanischen und französischen Fassung ab, teilweise fehlen Sätze, die hier zitiert werden. Anm.d.Ü.)

Walton, John and Seddon, David 1994. Free Markets and Food Riots: The Politics of Global Adjustment. Oxford: Blackwell.

WBAI 1998. »Interview with a Kurdish Doctor.« Democracy Now! March 1998.

West, Jim (ed.) 1995. International Petroleum Encyclopedia. Vol. 28. Tulsa, Okla.: PennWell Pub.

Zachary, G. Pascal 1998. »World Bank Forces Battle of the Dams to the Table.« Wall Street Journal, March 19, p. A13.



Bücher zu Golfkrieg, Ölpolitik und Klassenkampf

Midnight Oil – Arbeit, Energie, Krieg

MigrantInnen in den Ölregionen, Klassenzusammensetzung und der zweite Golfkrieg

Thekla 17, 176 Seiten, Sisina – Berlin 1993
14 Mark (ISBN 3-929933-01-2)

Einleitung der amerikanischen Ausgabe von Midnight Oil
Midnight Oil – Der weltweite Klassenkampf

Liebesgrüße nach Saudi: Zusammensetzung der Arbeiterklasse im Mittleren Osten *(Midnight Notes Collective)* Proletarier aller Länder – Menschenhändler – Sklaverei durch Vertrag – Die Arbeiterinnen – Aufspaltung und Militarisierung

Die Rekolonisierung der Ölfelder *(Midnight Notes Collective)* Neuinvestitionen – Der irakische nationale Sozialismus und die Invasion – Gemeinsame Sache – Die Bomben und das Massaker – Der Irak als IWF-Modell – Über den Irak hinaus: Der Golfkrieg als Durchsetzung der Perestroika – Der Sprung der Investitionen – Ausblick

Die Zusammensetzung der US-Arbeiterklasse nach der Energiekrise *(Midnight Notes Collective)*

Einige Fotos, die ich nicht machen konnte
Reisende Arbeiter – Die Behandlung der ägyptischen Wanderarbeiter – Der englische Fahrer – Der deutsche Subunternehmer – Der philippinische Maurer

Entwicklung und Unterentwicklung in Nigeria *(Silvia Federici)*

Widerstand und untergründige Protestformen des Erdölproletariats in Nigeria *(Julius O. Ihonvbere)*

Migranten im Sturm: Entrechtete Arbeiter und Petrodollars am Persischen Golf *(Ferrucio Gambino, in: altreragioni 1/92)* Die Aufgabe der Zurückhaltung seitens der USA – Migranten in zeitweiliger Sklaverei – Die dezimierte Generation – Der Irak im Zentrum oder an den Rändern des Radars von Washington? – Lange Leine oder Falle für Saddam – Den Blaumann gegen eine Uniform getauscht – »Just-in-Time«-Operationen

Ölwechsel

Klassenkampf und »neue Weltordnung«
Thekla 14, 160 Seiten, Sisina – Berlin 1991, 8 Mark

Die neuen Enclosures
aus: Midnight Notes Nr. 10, 1990

Die Schuldenkrise, Afrika und die neuen Enclosures
Silvia Federici, in: Midnight Notes Nr. 10, 1990

Der Ursprung der Schuldenkrise
Harry Cleaver, in: Midnight Notes Nr. 10, 1990

Der Energiesektor als strategischer Sektor im Klassenkampf
aus: Autonomie / Neue Folge Nr. 11, 1982

Die Krise der Arbeit/Energie und die Anti-AKW-Bewegung
Midnight Notes Collective, Sommer 1979

Wie man eine passende Krise inszeniert
Phil Agee, in: Z magazine, Oktober 1990

Der Golf, Versuchsfeld für die Kriege von Morgen
Michael T. Klare, in: Le Monde Diplomatique, Jan.'91

Öl, Waffen & Geld
Gulf Information Group / USA – Februar 1991

Bestellungen an Sisina, Pf. 360 527, 10975 Berlin – Versand gegen Vorkasse auf Sisina GbR, Kto.Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10 (Versandkosten sind in den angegebenen Preisen enthalten)

Bis Mitte März begrüßte an der Universitas Indonesia in Jakarta den Besucher ein Schild mit dem die Rolle der Universität bei Soehartos Machtergreifung gefeiert wurde: "Willkommen auf dem Campus des Kampfes der Neuen Ordnung".
Das Schild wurde abgenommen, nachdem ein Student die Parole abgekürzt hatte:
"Willkommen auf dem Campus des Kampfes".